

JAHRESBERICHT 2016

SP Kanton Bern



Titelbild:
Regierungsratsersatzwahlen 2016

Impressum:

Sozialdemokratische Partei des Kantons Bern (Hrsg.)

Monbijoustrasse 61, 3007 Bern

Postfach 2947, 3001 Bern

Tel. 031 370 07 80, Fax 031 370 07 81

E-Mail: sekretariat@spbe.ch

Internet: www.spbe.ch

Titelfoto: Mihalyi Szabolcs

Auflage: 350

Bern, Juni 2017

Inhaltsverzeichnis	Seite
Rechenschaftsbericht der GPK.....	4
Rapport de la commission de gestion.....	5
Parteipräsidium.....	7
Partei- und Geschäftsleitung SP Kanton Bern.....	10
Parteitage.....	13
Nationalrats- und Ständeratsdeputation.....	16
Grossratsfraktion.....	20
Parti socialiste du Jura bernois (PSJB).....	27
SP Frauen Kanton Bern.....	29
JUSO Kanton Bern.....	31
Sozialdemokratisches Forum.....	33
SP 60+ Kanton Bern.....	35
Regionalverbände.....	37
Sektionen.....	38
Projekt Agglomerationen.....	41
Fachausschuss Bildung.....	42
AG Asyl.....	43
AG Kirche und Staat.....	44
AG SPowers.....	45
Bildungsveranstaltungen.....	46
Parteisekretariat.....	47
Gleichstellungsmonitoring.....	51
Mitgliederzahlen in den Sektionen.....	54
Bilanz und Erfolgsrechnung.....	58
Kommentar zur Jahresrechnung 2016.....	59
Revisionsbericht.....	61

Rechenschaftsbericht der GPK

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) hat im Jahr 2016 eine Sitzung durchgeführt. Die übrigen GPK-Geschäfte konnten per Emailverkehr erledigt werden. Zudem fand ein Treffen mit der Parteileitung statt. Eine Kontrolle der Führungsorgane ist durch die Zustellung der entsprechenden Sitzungsprotokolle gewährleistet.

Basierend auf den vorgegebenen Richtlinien wurden im 2013 klare Ziele definiert und der GPK wiederkehrende Aufgaben zugewiesen, die einen sinnvollen und effizienten Einsatz des Prüfungsorganes garantieren. Es handelt sich dabei um folgende Schwerpunkte:

1. Revision der Jahresrechnung
2. Mandatskontrolle an den Parteitag
3. Durchsicht der Protokolle von Partei- und Geschäftsleitung
4. Prüfung von zu revidierenden Dokumenten (Statuten, Reglemente, etc.)
5. Beratung der Parteileitung und des Sekretariates bei juristischen Angelegenheiten

Die Revision der Jahresrechnung 2016 fand durch einen GPK-Ausschuss am 28. Februar 2017 statt. Während dreier Stunden wurde detailliert die gesamte Buchhaltung mit gezielten Stichproben auf deren Richtigkeit und Vollständigkeit überprüft. Erfreut durfte festgestellt werden, dass die Buchhaltung einmal mehr sehr gut geführt wird und nur kleinste Optimierungsempfehlungen abgegeben werden mussten. Alle Fragen wurden kompetent beantwortet und ergänzende Belege umgehend nachgereicht. Rosa Treu sei an dieser Stelle herzlich für die saubere und gewissenhafte Buchführung gedankt. Der Revisionsbericht ist am Ende des Jahresberichtes abgebildet.

Im juristischen Bereich hat die GPK wiederum diverse Statutenrevisionen von Sektionen geprüft. Weiter hat die GPK anhand der Protokolle von Partei- und Geschäftsleitung einzelne Geschäfte genauer kontrolliert. Dabei sind ihr keine Ungereimtheiten aufgefallen. Auskünfte und Aktenzugriff werden der GPK unkompliziert und transparent gewährt.

Die GPK setzt sich aus fünf Mitgliedern zusammen. Zurzeit sind dies Samuel Bhend, Regina Fuhrer, Verena Kauert, Verena Moser und Stefan Neuenschwander. Auf den Parteitag vom 29. März 2017 werden Samuel Bhend und Verena Kauert nach langer Mitarbeit zurücktreten. Beide haben sehr viel Fachwissen mitgebracht und waren wichtige Stützen für die GPK. An dieser Stelle sei beiden ganz herzlich für ihren Einsatz gedankt. Die vakanten Sitze werden auf den nächstmöglichen Termin neu besetzt.

Mit Befriedigung darf die GPK ein weiteres Jahr feststellen, dass es dem Leitungsgremium ein wichtiges Anliegen ist, achtsam und transparent gegenüber der Parteibasis zu sein. Wir danken der Parteileitung, der Geschäftsleitung, dem Sekretariat und allen übrigen Mitwirkenden für die gute Zusammenarbeit und den grossen Einsatz im Jahr 2016.

Belp, 6. März 2017

Für die GPK:



Stefan Neuenschwander

Rapport de la commission de gestion

La commission de gestion (CdG) s'est réunie une fois en 2016 ; les autres affaires de la CdG ont pu être réglées par échanges d'e-mails. Une rencontre a en outre été organisée avec la direction du parti. Le contrôle des organes de direction est assuré par la mise à disposition des procès-verbaux de réunions.

En 2013, des objectifs clairs ont été définis sur la base des directives existantes, et des tâches récurrentes garantissant un engagement sensé et efficace de cet organe de contrôle ont été assignées à la CdG. Les priorités suivantes ont été fixées :

1. Révision des comptes annuels
2. Contrôles des mandats lors des congrès
3. Examen des procès-verbaux de la direction du parti et du comité directeur
4. Vérification des documents à réviser (statuts, règlements, etc.)

5. Conseil de la direction du parti et du secrétariat sur des questions juridiques

La révision des comptes 2016 a été effectuée par un comité de la CdG le 28 février 2017. Après une vérification approfondie de l'exactitude et de l'exhaustivité de l'ensemble de la comptabilité par des sondages ciblés, il a pu être constaté avec satisfaction que les comptes sont une fois de plus très bien tenus ; seules quelques toutes petites recommandations d'amélioration ont été jugées nécessaires. Toutes les questions ont reçu des réponses compétentes, et les pièces complémentaires ont été présentées sur l'heure. Que Rosa Treu soit chaleureusement remerciée pour son excellent travail. Le rapport de révision est joint à la fin du rapport annuel.

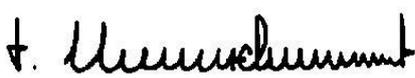
Dans le secteur juridique, la CdG a de nouveau procédé à la révision des statuts de plusieurs sections. Sur la base des procès-verbaux de la direction du parti et du comité directeur, la CdG a également effectué des contrôles plus précis de certaines affaires, sans avoir à constater de manquements. Les informations et l'accès aux dossiers lui ont été donnés facilement et en toute transparence.

La CdG se compose de cinq membres. Il s'agit actuellement de Samuel Bhend, Regina Fuhrer, Verena Kauert, Verena Moser et Stefan Neuenschwander. Samuel Bhend et Verena Kauert quitteront leurs fonctions après une longue collaboration lors du congrès du 29 mars. Avec leurs connaissances étendues, tous deux ont été d'un grand soutien pour la CdG. Qu'ils soient chaleureusement remerciés pour leur engagement. Les sièges vacants seront pourvus dans les plus brefs délais.

C'est avec satisfaction que la CdG constate une nouvelle fois que le comité de direction attache une grande importance au devoir de transparence et de vigilance vis-à-vis de la base du parti. Nous remercions la direction du parti, le comité directeur, le secrétariat et toutes les autres personnes concernées pour leur bonne collaboration et leur engagement inlassable tout au long de l'année 2016.

Belp, le 6 mars 2017

Pour la CdG :


Stefan Neuenschwander

Parteipräsidium

Das Jahr 2016 war ein sehr bewegendes Jahr für unsere Partei mit einigen schönen Höhepunkten wie der glanzvollen Wahl von Christoph Ammann in die Regierung sowie Erfolgen bei den zwei kantonalen Abstimmungen. Es ist aber auch das Jahr, an dem die 10-jährige Rot-Grüne-Regierungsmehrheit verloren ging.

Regierungsratsersatzwahlen

Am 16. Dezember 2015 nominierte der Parteitag Roberto Bernasconi und Christoph Ammann für die Regierungsratsersatzwahlen – und schon am 28. Februar 2017 fand der 1. Wahlgang statt. Wir mussten also in kürzester Zeit den Wahlkampf lancieren und durchziehen. Das gelang dank dem sehr grossen Engagement des Wahlausschusses, des Sekretariats und natürlich der Kandidaten. Besondere Erfolgsfaktoren waren die persönlichen Wahlteams der beiden, die geschickt überparteiliche und überregionale Allianzen schmiedeten sowie der unermüdliche Einsatz der Sektionen, die im ganzen Kanton unzählige Verteilaktionen für und mit Christoph und Roberto durchführten. Am 28. Februar war dann die Sensation perfekt: Christoph Ammann erreichte mit 182 476 Stimmen auf Anhieb das absolute Mehr und gewann die Ausmarchung gegen den SVP-Kandidaten Lars Guggisberg (176 219 Stimmen). Christoph betonte im Wahlkampf stets seine Brückenfunktion zwischen Stadt und Land. Genau das – ein gutes Resultat auf dem Land, das ihn nicht zu stark von Guggisberg distanzierte, sowie die vielen Stimmen der Stadtregionen Bern und Biel – führte zum Sieg. Diese Wahl war ein grosser Erfolg, denn wir mussten auch damit rechnen, beide Sitze zu verlieren.

Roberto war im 1. Wahlgang nur 2400 Stimmen hinter dem SVP-Mann Pierre-Alain Schnegg, worauf wir mit grossem Elan nochmals alles gaben für den 2. Wahlgang – die Entscheidung um den Jura-Sitz. Roberto und die vereinte Partei, insbesondere der Parti Socialiste du Jura bernois PSJB kämpften bis zum Schluss. Roberto verlor die Wahl, jedoch mit einem ausgezeichneten Resultat von 49,1 % Stimmenanteil. Mit einem Sieg im Jura wäre die Wahl zu gewinnen gewesen, denn die Jura-Stimmen haben per Gesetz ein Mehrfaches an Stimmkraft. Dieses Ziel wurde klar verfehlt. Einer der Gründe war, dass sich der Parti Socialiste Autonome PSA erst im 2. Wahlgang für Roberto aussprach – das war wenig glaubwürdig und brachte kaum Mehrstimmen, kostete jedoch Stimmen von Berntreuen.

Verlust der Rot-Grünen-Regierungsmehrheit

Die Niederlage im 2. Wahlgang bedeutete, dass Rot-Grün nach zehn Jahren die Regierungsmehrheit verlor. Rot-Grün muss sich neu ausrichten und ist seither noch stärker auf Oppositionskurs. So neu ist diese Rolle allerdings nicht, denn der ausgeprägt bürgerliche Grosse Rat bestimmte auch vorher schon zu einem grossen Teil die Politik. Abbauprogramme, Privatisierungen, Steuergeschenke für Privilegierte waren schon bisher an der Tagesordnung. Doch konnte unsere Regierung oft noch Schlimmeres verhindern und auf Regierungs- und Verwaltungsebene wichtige sozialpolitische und ökologische Akzente setzen.

Nun wird die SP öfter als bisher die Volksrechte – insbesondere das Referendum – einsetzen. Aber auch ein geschicktes Schmieden von Allianzen und Überzeugungsarbeit auf der fachlichen Ebene sind entscheidend.

Im Vorfeld des Regierungswechsels wurde oft gesagt, dass sich gar nicht so viel ändern werde, da viele Rahmenbedingungen gegeben sind. Ob das stimmt, kann erst längerfristig beurteilt werden. Kurzfristig ist festzuhalten: Seit Juli 2016 weht ein kalter sozialpolitischer Wind im Kanton Bern. Mit Regierungsrat Schnegg wurde ein ausgesprochen rechts und konservativ politisierendes Regierungsmitglied gewählt, das der Regierung offensichtlich seinen Stempel aufdrückt. Sofort wurde die Steuerstrategie mit zusätzlichen Unternehmensteuersenkungen verschärft, die Sozialhilfe soll deutlich unter das SKOS-Minimum gesenkt werden und ein Abbauprogramm von 250 bis 300 Mio. Franken wurde lanciert. Die SP geht gegen diese Angriffe mit einer aktiven Strategie vor.

Erfolgreiches Referendum gegen den Abbau bei den Prämienverbilligungen

Am 28. Februar haben wir gezeigt, dass wir – zusammen mit unseren Partnern – referendumsfähig sind. Das Referendum gegen den Abbau bei den Prämienverbilligungen wurde sowohl auf dem Land wie in den Städten mehrheitlich unterstützt. Der Grosse Rat und Justizdirektor Neuhaus mit seiner rigorosen Umsetzung haben den Bogen klar überspannt. Prämienverbilligungen sind eine der wichtigsten Massnahmen gegen die Armut. Weite Teile der Bevölkerung, gerade auch in bäuerlichen Kreisen, sind auf sie angewiesen. Das Referendum wurde mit 54,4 Stimmenprozenten gewonnen. In der Folge wurden die Prämienverbilligungen wieder deutlich erhöht, so dass wir die Initiative zum gleichen Thema, die sicherheitshalber ebenfalls lanciert

wurde, zurückziehen konnten. Dieser wichtige Erfolg ist unserer aktiven Basis zu verdanken, die beim Sammeln und während der Abstimmungskampagne sehr engagiert war.

Spitalversorgungsinitiative

Am 27. November folgte eine weitere kantonale Abstimmung, die Spitalstandortinitiative. Diese wurde von einem Komitee aus Vertretern von Spitalstandort-Gemeinden lanciert und von SVP-Kreisen, aber auch Personen aus SP und Gewerkschaften unterstützt. Wir blickten deshalb der Parolenfassung mit Spannung entgegen. Diese fiel sehr klar gegen die Initiative aus. Die SP engagierte sich in der Folge in einem überparteilichen Gegenkomitee. Es konnte der Bevölkerung klar gemacht werden, dass möglichst viele Spitalstandorte nicht gleichzusetzen sind mit einer möglichst guten Gesundheitsversorgung. Im Vorfeld der Abstimmung wurde ein Stadt-Land-Graben befürchtet. Das war erfreulicherweise nicht der Fall. Die Initiative wurde fast flächendeckend, insgesamt mit 66,5 % Nein abgelehnt.

Persönlicher Rückblick und Dank

2016 war für unsere Partei ein sehr intensives Jahr mit vielen Herausforderungen. Dabei erhielten die Parteileitung und auch ich persönlich viel Unterstützung von erfahrenen Genossinnen und Genossen, auf deren Rat und Erfahrung wir im Hintergrund immer zurückgreifen konnten. Dafür ganz herzlichen Dank!

Ein besonderer Dank geht an die Regierungsmitglieder: An Andreas Rickenbacher und Philippe Perrenoud, die beide in zehn Jahren Enormes geleistet haben und sehr konstruktiv und hilfsbereit waren in der Phase rund um die Ersatzwahlen. Ein grosser Dank geht auch an Barbara Egger-Jenzer, die weniger im Zentrum stand, aber dafür mit ihrer Präsenz und Erfahrung für Stabilität sorgte. Und ein Dank auch an Christoph Ammann, der sich sofort und überzeugend in seiner neuen Rolle einfand und viel Wert auf Zusammenarbeit legt.

Ich traf bei Sektionsbesuchen, in den Parteigremien und bei vielen Einzelgesprächen auf aktive und motivierte Genossinnen und Genossen, die unsere Werte und unsere Politik an ihren jeweiligen Wirkungsorten fachlich versiert und engagiert vertreten. Die Summe all dieses Wirkens macht die SP aus – allen ein grosses Merci!

Last but not least geht mein herzlicher Dank an das engste Arbeitsumfeld, an die Leitung und die Mitarbeitenden des Parteisekretariats und an die KollegInnen der Partei- und Geschäftsleitung.

Ursula Marti, Präsidentin SP Kanton Bern

Partei- und Geschäftsleitung SP Kanton Bern

1 Parteileitung

2016 traf sich die Parteileitung zu 21 regulären Sitzungen und behandelte ganz viele unterschiedliche Geschäfte. Im Januar traf sie sich zudem zu einer Klausur zur Jahresvorbereitung. Zusätzlich wurden an vier längeren Abend-sitzungen die kantonalen Wahlen 2018 sowie diverse weitere Themen intens-iv behandelt.

Die Parteileitung ist insbesondere verantwortlich für die Umsetzung der Jah-resziele, für die Vorbereitung der Geschäftsleitungssitzungen und die Aus-führung der entsprechenden Entscheide sowie für die Kommunikation der SP Kanton Bern.

Bei der Vorbereitung der Geschäftsleitungssitzungen gab die kantonale Polit-agenda die Themen vor. Schwerpunkte bildeten die Durchführung der Re-gierungsratsersatzwahlen 2016 sowie die Vorbereitungen für die kantonalen Wahlen 2018. Daneben galt es, die regelmässigen parteiinternen Aufgaben und Treffen zu planen, wie die Vorständekonferenzen in allen Regionen, der Austausch mit der nationalen Deputation, das Gemeindeexekutiven-Treffen, der Dankesevent für die zahlreichen Sektionsvorstände, das Neumitglieder-treffen und nicht zu vergessen der jährliche Auftritt der SP an der BEA.

Bei der Kommunikation hat die SP Kanton Bern 2016 wiederum eine grosse Anzahl an Medienmitteilungen zur kantonalen Politik versandt. Dabei legte die Parteileitung grossen Wert auf die schnelle und prägnante Kommunikati-on, was sich in einer spürbar hohen Medienpräsenz auszahlte. Die Mitglieder der Parteileitung sind unter Punkt 2.2 ersichtlich.

2 Geschäftsleitung

Die Geschäftsleitung traf sich 2016 zu 11 Abendsitzungen und zu einer Samstags-Klausur im Januar. An dieser Klausursitzung wurden die Schwerpunktthemen und Kampagnen für 2016 besprochen. Zudem stellte Marco Kistler von der SP Schweiz eine Auswertung der Basiskampagne 2015 vor.

Wichtigste Aufgaben der Geschäftsleitung sind die Diskussion aktueller politischer Vorlagen, die Vorbereitung der Parteitage sowie die Verabschiedung von Positionen und Vernehmlassungsantworten.

Die Regierungsratsersatzwahlen 2016 und die Vorbereitung der kantonalen Wahlen 2018 standen auch in der GL oben auf der Traktandenliste. Die Regierungsratsersatzwahlen waren durch die glanzvolle Wahl von Christoph Ammann denn auch höchst erfreulich. Die Nichtwahl von Roberto Bernasconi im zweiten Wahlgang und der damit verbundene Verlust der rotgrünen Mehrheit nach 10 Jahren waren dann allerdings ein ziemlich Dämpfer.

Bei der Vorbereitung der Parteitage befasste sich die Geschäftsleitung insbesondere mit der Ausarbeitung des Positionspapiers Asyl sowie den Parolenfassungen. Weiter verabschiedete die GL 23 kantonale Vernehmlassungen und Konsultationen.

Die von der Geschäftsleitung verabschiedeten Stellungnahmen finden sich in Kapitel 2.3.

2.2 Zusammensetzung Geschäftsleitung per 31.12.2016

Die Geschäftsleitung der SP Kanton Bern umfasst folgende Mitglieder:

*Präsidentin	Ursula Marti, Bern
*Vizepräsident	Roberto Bernasconi, Malleray
*Vizepräsidentin	Ursula Zybach, Spiez
*Präsident der GR-Fraktion	Michael Aebersold, Bern
**Parteisekretär	David Stampfli, Bern
**Parteisekretärin	Zora Schindler, Bern
Regierungsmitglieder	Christoph Ammann, Meiringen Barbara Egger-Jenzer, Bremgarten
Vertretung Deputation	Hans Stöckli, Biel-Bienne
Vertretung SP Frauen	Kornelia Hässig Vinzens, Zollikofen
Vertretung JUSO	Daria Vogrin, Biel-Bienne
Vertretung SP 60+	Paul Bayard, Langenthal
Juristische Fachperson	Christiane Aeschmann, Bern
Genderfachperson	Tanja Bauer, Köniz
Frei gewählte Mitglieder	Kaspar Boss, Interlaken Samantha Dunning, Biel-Bienne Michael Aeschbacher, Trachselwald

*Parteileitung

**PL- und GL-Mitglieder ohne Stimmrecht

2.3 Stellungnahmen 2016

Die Geschäftsleitung der SP Kanton Bern nahm 2016 zu fünfzehn Vernehmlassungen und zu acht Konsultationen Stellung.

- Konsultation ASIV
- Konsultation Bauverordnung
- Konsultation SHV
- Konsultation Spitalversorgung
- Konsultation Spitalversorgungsverordnung
- Konsultation Teilrevision Sozialhilfegesetz
- Konsultation Teilrevision Sozialhilfeverordnung
- Konsultation ZAV

- Vernehmlassung Abfallgesetz
- Vernehmlassung Einführungsgesetz zur Zivil-, zur Straf- und zur Jugendstrafprozessordnung
- Vernehmlassung Energiegesetz
- Vernehmlassung Gesetz Kantonswechsel Clavaleyres
- Vernehmlassung Gesetz RegierungsstatthalterInnen
- Vernehmlassung Justizvollzug
- Vernehmlassung Kantonaler Richtplan Bereich Windenergie
- Vernehmlassung Landeskirchengesetz
- Vernehmlassung Pädagogische Hochschule
- Vernehmlassung Polizeigesetz
- Vernehmlassung Stabilisierungsprogramm 2017–2019 / Politforum
- Vernehmlassung Teilrevision des Einführungsgesetzes zum Ausländer- und Asylgesetz
- Vernehmlassung Totalrevision Kantons- und Gemeindebürgerrecht
- Vernehmlassung Tourismusentwicklungsgesetz
- Vernehmlassung Verfassungsänderung

Die Stellungnahmen zu Vernehmlassungen sowie Konsultationen sind nach ihrer Verabschiedung auf der Webseite der SP Kanton Bern unter www.spbe.ch öffentlich einsehbar.

David Stampfli, geschäftsführender Parteisekretär

Parteitage

Im Jahr 2016 führte die SP Kanton Bern drei Parteitage durch – zwei Abendparteitage in Bern und einen ganztägigen Parteitag in Belp.

Abendparteitag vom 2. März 2016 in Bern

Der März-Parteitag fand im Zeichen der Regierungsratsersatzwahlen statt. Weiter wurden mehrere Ersatzwahlen in die GL und die GPK vorgenommen. Zudem verabschiedeten die Delegierten eine Resolution zum Thema «Demographischer Wandel».

Regierungsratsersatzwahlen 2016

Am 28. Februar 2016 wurde Christoph Ammann glanzvoll in den Regierungsrat des Kantons Bern gewählt. Dies wurde gebührend gefeiert. Gleichzeitig stimmte sich die Partei mit Roberto Bernasconi für den zweiten Wahlgang ein.

Resolution zum Thema «Demografischer Wandel»

Die SP Frauen Kanton Bern reichten eine Resolution zum Thema «Demografischer Wandel» ein. Die demografische Entwicklung der Gesellschaft hat das Aufbrechen bestehender Strukturen zur Folge. Dadurch ist die Weiterentwicklung und Anpassung von beruflichen Rahmenbedingungen zwingend. In ihrer Resolution haben die SP Frauen Kanton Bern dazu konkrete Forderungen formuliert. Die Resolution wurde vom Parteitag einstimmig genehmigt.

Wahlen in GL und GPK

In der GL gab es zwei Rücktritte: Gilles Zaugg und Nadine Masshardt. An ihrer Stelle wurden neu Michael Aeschbacher und Hans Stöckli (als Vertreter der Deputation) gewählt. Zudem wurde die GL mit Paul Bayard neu um eine Vertretung der SP 60+ ergänzt. In der GPK gab es aufgrund des Rücktritts von Harald Jenk ebenfalls eine Vakanz. An seiner Stelle wurde neu als Vertretung der Grossratsfraktion Regina Fuhrer-Wyss gewählt.

Ganztägiger Parteitag vom 11. Juni 2016 in Belp

Am ganztägigen Parteitag in Belp wurden die beiden langjährigen Regierungsräte Res Rickenbacher und Philippe Perrenoud verabschiedet. In einem politischen Schwerpunkt wurde das Positionspapier Asyl diskutiert. Im Weiteren genehmigten die Delegierten den Jahresbericht und die Rechnung 2015. Zudem wurde die neue Präsidentin der SP Frauen in die GL gewählt.

Verabschiedung Regierungsmitglieder

Die beiden langjährigen Regierungsmitglieder Res Rickenbacher und Philippe Perrenoud wurden gebührend verabschiedet und ihre Leistungen gewürdigt. Der Politsatiriker Heinz Däpp präsentierte zudem zwei eigens verfasste

Schnappschüsse. Res und Philippe waren beide 2006 gewählt worden und traten gemeinsam am 30. Juni 2016 von ihren Ämtern zurück.

Statutarische Geschäfte

Die Jahresrechnung 2015, der Jahresbericht 2015 und die Finanzplanung 2017 – 2019 wurden einstimmig genehmigt. Zudem wurde Kornelia Hässig Vinzens als neue Präsidentin der SP Frauen Kanton Bern in die GL gewählt und Ursula E. Brunner als abtretende Präsidentin verabschiedet.

Positionspapier Asyl

Nicht zuletzt aus aktuellem Anlass hatte eine Arbeitsgruppe aus der Grossratsfraktion ein Positionspapier zum Thema Asyl erarbeitet. Die von der GL überarbeitete Fassung wurde am Parteitag sehr kontrovers diskutiert. Insgesamt gingen 67 Änderungsanträge zum Papier ein. Nach der Eintretensdebatte wurde entschieden, das Papier zur Überarbeitung zurückzuweisen. Gefordert wurde insbesondere, dass eine neue Arbeitsgruppe das Papier verstärkt im Kontext der Migration überarbeiten soll.

Abendparteitag vom 2. November 2016 in Bern

Am November-Abendparteitag wurden die Parolen zu den Vorlagen vom 27. November 2016 gefasst. Zur Abstimmung über die Spitalstandort-Initiative gab es eine Podiumsdiskussion. Zudem besuchte uns unsere Bundesrätin Simonetta Sommaruga, und die neue JUSO-Präsidentin wurde in die GL gewählt.

Rede von Bundesrätin Simonetta Sommaruga

In ihrer Rede an den Parteitag betonte unsere Bundesrätin Simonetta Sommaruga, dass die Arbeit auf eidgenössischer Ebene durch den Rechtsrutsch von 2015 noch schwieriger geworden sei. Wer aber gute Vorlagen entwickle, gute Argumente habe und Allianzen schmiede, könne weiterhin Vorlagen durchbringen.

Podiumsdiskussion zur Spitalstandort-Initiative

Unter der Leitung von BZ-Redaktor Marius Aschwanden kreuzten SP-Fraktionspräsident Michael Aebersold und Alt-SVP-Nationalrat Rudolf Joder

die Klingen zur Spitalstandort-Initiative. Anschliessend gab es eine angeregte Debatte, wobei die Gegner der Vorlage klar in der Mehrheit waren.

Parolen kantonale und eidgenössische Abstimmungen

Im Hinblick auf die Abstimmungen vom 27. November 2016 wurden die Parolen gefasst. Nach der Podiumsdiskussion beschlossen die Delegierten mit nur zwei Gegenstimmen die Nein-Parole zur Spitalstandort-Initiative. Die Atomsaustiegs-Initiative als einzige eidgenössische Vorlage wurde nach einem kurzen Einführungsreferat von Nationalrätin Evi Allemann einstimmig zur Annahme empfohlen.

Neuwahl in die GL

Anfang Sommer 2016 wurde Tamara Funicello zur neuen Präsidentin der JUSO Schweiz gewählt. Deshalb trat sie in der Zwischenzeit als kantonale JUSO-Präsidentin zurück. Ihre Nachfolgerin Daria Vogrin aus Biel wurde von den Delegierten einstimmig neu in die GL gewählt.

David Stampfli, geschäftsführender Parteisekretär

Nationalrats- und Ständeratsdeputation

In der Deputation (Evi Allemann, Margret Kiener Nellen, Nadine Masshardt, Matthias Aebischer, Corrado Pardini (Nationalrat NR) sowie Hans Stöckli (Ständerat SR) gab es im Jahre 2016 **keinen Wechsel**.

Die ersten politischen Aktivitäten im Jahre 2016 waren der Bekämpfung der **Durchsetzungsinitiative** gewidmet. Am 28. Februar 2016 wurde diese rechtsstaatlich sehr bedenkliche Initiative zur verfassungs- und EMRK-problematischen Umsetzung der Ausschaffungsinitiative krimineller Ausländer mit einem eindrücklichen Abstimmungskampf auch der zivilen Gesellschaft klar abgelehnt. Am gleichen Tag wurden im Sinne der SP die Volksinitiative „**Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe**“ und gegen die Haltung der SP die Volksinitiative „**Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln**“ abgelehnt. Zudem hiess die Bevölkerung gegen die SP den Bau einer zweiten Gotthardröhre gut.

In der Frühjahrssession konnten beide Kammern unter anderem die Vorlagen über **die Weiterentwicklung der Armee, das Heilmittelgesetz, das Krebsregistergesetz, die Revision des Bundesgesetzes über den Wald** verabschieden. Das wichtigste Geschäft in der Schlussabstimmung war zweifellos die **Energiestrategie 2050** (Volksabstimmung findet am 21. Mai 2017 statt).

In der Sondersession 2016 hat der Nationalrat den indirekten Gegenvorschlag zur „**Wiedergutmachungsinitiative**“ beschlossen, welcher eine Wiedergutmachung für Verdingkinder und Opfer fürsorglicher Zwangsmassnahmen vorsieht. Dieses Geschäft wurde von beiden Räten in der Septembersession verabschiedet.

Am 5. Juni 2016 wurden die Volksinitiativen „**Pro Service Public**“ und „**Für ein bedingungsloses Grundeinkommen**“ sowie die „**Milchkuhinitiative**“ im Sinne der Mehrheit der Fraktion von Volk und Ständen abgelehnt. Angenommen hingegen wurden das Fortpflanzungsmedizingesetz und das Asylgesetz. Sehr erfreulich war, dass die SVP mit ihrem Referendum zum zweiten Mal im Jahre 2016 in einem ihrer Kernthemen gescheitert ist.

Die Sommersession 2016 stand ganz im Kampf um die **Unternehmenssteuerreform III**, welche von der SP nicht mehr mitgetragen werden konnte, weil sie nicht gegenfinanzierte Steuergeschenke an Unternehmungen in Milliardenhöhe vorsah und weil vor allem die Städte und Gemeinden grosse Steuerausfälle befürchteten. Die SP hat gegen diesen Beschluss erfolgreich das Referendum ergriffen. An der Volksabstimmung vom 12. Februar 2017 wurde diese Vorlage mit grosser Mehrheit abgelehnt. Heftige Debatten gingen auch der Einigung in der Frage der **Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf Kroatien** voraus. Insbesondere die universitären Kreise drängten das Parlament trotz der Problematik der angenommenen Masseneinwanderungsinitiative, welche verlangt, dass keine dieser Initiative widersprechende Staatsverträge genehmigt werden dürfen, der Ausdehnung zuzustimmen, weil die Schweiz sonst aus dem Programm von Horizon 2020 herausfallen dürfte.

Im Ständerat erlitten der Bundesrat und die Linke Seite zwei grosse Rückschläge im Bereich der Gesundheitspolitik. Zum einen trat die kleine Kammer nicht auf das Gesetz zur Stärkung von **Qualität und Wirtschaftlichkeit**

im Gesundheitswesen ein, zum andern beschloss die Mehrheit beim **Tabakproduktegesetz** Rückweisung an den Bundesrat mit dem Auftrag, das Gesetz von den die Tabakwerbung einschränkenden Bestimmungen zu entschlacken. Leider folgte der Nationalrat in der Wintersession dieser äusserst bedauerlichen Haltung. Ich hoffe, dass in dieser für die Gesundheitspolitik sehr wichtigen Frage noch nicht das letzte Word gesprochen ist.

In der Herbstsession einigten sich die beiden Räte hinsichtlich der **Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2017-2020** und bezüglich des **Nationalstrassen- und Agglomerationsfonds (NAF)**. Gegen den letztgenannten Beschluss haben Umweltkreise, unterstützt von der Mehrheit der SP, das Referendum ergriffen. Die entsprechende Volksabstimmung fand am 12. Februar 2017 statt und die Vorlage wurde mit grossem Mehr angenommen.

Im Nationalrat standen drei zentrale Vorlagen im Vordergrund: **Die Revision des Ausländergesetzes hinsichtlich der Integration, die Altersvorsorge 2020** und **die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative über Revision des Ausländergesetzes bezüglich der Steuerung der Zuwanderung und Vollzugsverbesserungen bei den Freizügigkeitsabkommen**.

Alle drei Geschäfte konnten im Sinne der SP zur Schlussabstimmung geführt werden. Die beiden Revisionen des Ausländergesetzes in Wintersession und die Altersvorsorge 2020 in der Frühjahrssession. Dies wurde dadurch ermöglicht, dass es gelungen ist, mit wechselnden Mehrheiten in beiden Räten (die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative mit dem Freisinn und die Altersvorsorge 2020 mit den Mitte-Parteien) zum gewünschten Resultat zu kommen.

Am 25. September 2016 erlitten die Grünliberalen mit ihrer Volksinitiative **„Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft“** eine klare Niederlage. Aber auch die SP und die Gewerkschaften hatten mit der Initiative **„AHVPlus: für eine starke AHV“** einen Misserfolg. Das **Nachrichtendienstgesetz** hingegen fand eine klare Mehrheit.

Die Wintersession stand im Zeichen der harzigen **Budgetberatungen**, welche leider für die Linke Seite nicht erfolgreich verlaufen sind. Zu erwähnen

gilt es noch, dass sowohl im National- wie im Ständerat der Versuch gescheitert ist, den Bund mit einer Motion zu verpflichten, das Politforum Käfigturm weiterhin finanziell zu unterstützen.

An der letzten eidgenössischen Volksabstimmung im Jahre 2016 vom 27. November 2016 fand die Initiative „**Für einen geordneten Ausstieg aus der Atomenergie**“ keine Mehrheit.

Die Berner Deputation ist 2017 in folgenden Kommissionen vertreten:

Im Nationalrat:

Evi Allemann	Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen; Kommission für Rechtsfragen (Delegationsleitung); Begnadigungskommission
Matthias Aebischer	Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Gerichtskommission
Margret Kiener Nellen	Präsidentin Finanzkommission Finanzkommission-NR Subko 1 Delegation bei der Interparlamentarischen Union, Präsidentin Delegation bei der parlamentarischen Versammlung OSZE, Vizepräsidentin
Nadine Masshardt	Staatspolitische Kommission (Delegationsleitung)
Corrado Pardini	Kommission für Wirtschaft und Abgaben Kommission für Rechtsfragen Delegation für die Beziehungen zum italienischen Parlament
Alex Tschäppät	Geschäftsprüfungskommission Präsident der GPK-N-Subko EFD/WBF GPK-N-Subko ED/UVEK Arbeitsgruppe Risikoreporting Bundesrat Neat-Aufsichtsdelegation Kommission für Rechtsfragen

Im Ständerat:

Hans Stöckli

Präsident der Geschäftsprüfungskommission

GPK-S-Subko EJPD/BK

GPK-S-Subko EFD/WBF

GPK-S-Subko Gerichte/BA

Präsident Arbeitsgruppe Risikoreporting Bundesrat

Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit

Staatspolitische Kommission (Delegationsleiter)

Begnadigungskommission

Schliesslich sei erwähnt, dass Nadine Masshardt das Amt einer Vizepräsidentin der SP-Fraktion ausübt.

Hans Stöckli, Ständerat und Mitglied der GL SP Kanton Bern

Grossratsfraktion

Personelles

Das Berichtsjahr war geprägt von etlichen personellen Änderungen. Durch die Rücktritte von Andreas Rickenbacher und Philippe Perrenoud per Mitte Legislatur waren Ersatzwahlen in den Regierungsrat nötig. Am 28. Februar 2016 wurde Christoph Ammann im ersten Wahlgang glanzvoll als Regierungsrat gewählt. Roberto Bernasconi schnitt sehr gut ab und stellte sich einem zweiten Wahlgang, in dem es um den garantierten Sitz für den Berner Jura ging. Auch am 3. April erreichte er ein sehr gutes Resultat. Leider reichte es schlussendlich nicht für den Sitz. Rot-grün verlor damit – nicht ganz unerwartet – die Mehrheit in der Regierung.

In der Märzsession trat Kornelia Hässig die Nachfolge von Eva Baltensperger an, welche die Bildungspolitik über Jahre stark mitgeprägt hat. In der Septembersession folgte Urs Graf auf Christoph Ammann. Ende Jahr verliessen mit Matthias Burkhalter und Res Hofmann zwei langjährige, engagierte und kompetente Genossen die Fraktion.

Im letzten Quartal fanden in verschiedenen Gemeinden Wahlen statt, an denen Fraktionsmitglieder angetreten sind. Als Highlight wurde Reto Müller als

Stapi von Langenthal gewählt. Ursula Zybach wurde glanzvoll in den Gemeinderat von Spiez wiedergewählt und neu sind Andrea Lüthi und Kornelia Hässig in Burgdorf bzw. Zollikofen Parlamentarierinnen. Last but not least wurde ich am 27. November in den Gemeinderat der Stadt Bern gewählt. Dies ist somit mein letzter Jahresbericht als Fraktionspräsident.

Januarsession

Mit der Revision des Personalgesetzes wurde die Entschädigung bei der Ausübung von Kantonsvertretungen durch Regierungsmitglieder und Verwaltungsangestellte neu geregelt. Grundsätzlich gilt nun, dass die Entschädigungen an den Kanton gehen. Ein Vorgeschmack auf die im Herbst stattfindende Finanz- und Budgetdebatten gab die Diskussion zur Motion Kipfer «Nach ASP nun eine Verwaltungs- und Effizienzüberprüfung». Die SP lehnte die Motion fast einstimmig ab; überwiesen wurde sie trotzdem. Abgelehnt wurde hingegen unsere Motion «Stopp dem Volkssport Steuerhinterziehung».

Das verabschiedete Gesetz betreffend die Durchführung von Abstimmungen über die Kantonszugehörigkeit bernjurassischer Gemeinden macht den Weg frei für etappierte und hoffentlich endgültige Abstimmungen zur Jurafrage: Zuerst kann am 18. Juni 2017 Moutier abstimmen, dann die kleineren Gemeinden. Keine Chance hatte die Fraktion mit ihrem Widerstand gegen eine rasche Umsetzung der revidierten SKOS-Richtlinien im Kanton Bern. Wenn es ums Sparen – vor allem auf dem Buckel der Ärmeren – geht, steht der bürgerlich dominierte Kanton meist in der vordersten Reihe.

Als letztes wichtiges Geschäft von Andreas Rickenbacher genehmigte der Grosse Rat im Januar das Innovationsförderungsgesetz. Weiter standen die Kulturland-Initiative, ein Gegenvorschlag dazu sowie in 1. Lesung das Baugesetz auf der Traktandenliste. Chancenlos blieb eine SVP-Motion, welche mehr Stimmkraft für kleinere und ländliche Gemeinden in den Regionalkonferenzen verlangte.

Eine Reihe von Krediten wurde meist grossmehrheitlich oder einstimmig genehmigt (Bspw. ICT Infrastruktur Kantonspolizei, Nutzungsanpassungen Hauptgebäude Uni Bern, Gebäudesanierungen in Thun).

Märzsession

Zum Start setzte der Grosse Rat ein Zeichen für das Polit-Forum Käfigturm; leider ist heute immer noch offen, wie es damit weiter geht. Er überwies sodann eine Motion, welche verlangt, die Neuorganisation der Direktionen im Hinblick auf die Legislaturperiode 2018 bis 2022 zu überprüfen.

Keine Mehrheit fand ein Antrag der FDP, im Voranschlag 2017 eine um 0,5 Steuerzehntel tiefere Steueranlage zu fixieren. Hingegen fand diese Forderung für den Aufgaben- und Finanzplan 2018-2020 eine Mehrheit. Der Sozialbericht 2015 «Bekämpfung der Armut im Kanton Bern» wurde mit einer Gegenstimme, die Bildungsstrategie 2016 einstimmig genehmigt.

Nach einigem Taktieren befürwortete eine Mehrheit sowohl die Kulturland-Initiative wie auch den Gegenvorschlag, wobei sich der Grosse Rat bei der Variantenwahl für den Gegenvorschlag aussprach. Die Initiative wurde in der Folge zurückgezogen.

Auch im März wurden diverse Kredite genehmigt: z. B. Verpflichtungskredit zur Unterbringung und Betreuung von zusätzlichen unbegleiteten, minderjährigen Asylsuchenden; Kantonsbeiträge an die Gemeindeprojekte gemäss der Agglomerationsprogramme Verkehr und Siedlung; Hochwasserschutz; Zahnmedizinische Klinik; Nationales Kompetenzzentrum für translationale Medizin und Unternehmertum (sitem-insel); Swiss Innovation Park Biel; Tour de France; Tourismusförderung.

Junisession

Mit drei Vorstössen verlangte die SP-JUSO-PSA Fraktion mehr Transparenz: *Transparenz jetzt! Offenlegung der Einkünfte aus Interessenbindungen:* Bereits heute müssen die Mitglieder des Grossen Rats ihre Interessenbindungen offenlegen. Wie viel sie damit verdienen, bleibt ein Geheimnis. Deshalb forderte die Fraktion eine gesetzliche Grundlage, damit die Mitglieder des Grossen Rats sämtliche Einkünfte aus beruflichen Tätigkeiten und aus Tätigkeiten im Zusammenhang mit Interessensbindungen offenlegen müssen.

Transparenz jetzt! Einführung einer kantonalen Parteienfinanzierung: Die Parteien leisten einen wichtigen Beitrag für das Funktionieren der Demokratie. Sie rekrutieren Kandidatinnen und Kandidaten für öffentliche Ämter,

nehmen Stellung zu politischen Geschäften und tragen zur Meinungsbildung bei. Die Fraktion forderte deshalb eine kantonale Parteienfinanzierung und unentgeltliche Plakatflächen bei Abstimmungen und Wahlen.

Transparenz jetzt! Offenlegung der Politikfinanzierung: Für die Regierungsratswahlen im März 2015 hatte die SVP bereits im Dezember flächendeckend Neujahrsgrüsse plakatiert. Völlig unakzeptabel ist, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger nicht erfahren, wer Wahl- und Abstimmungskampagnen finanziert. Wir verlangten deshalb, dass politische Parteien und Interessensgruppen Transparenz über Einnahmen und Ausgaben schaffen müssen.

Die bürgerliche Mehrheit lehnte die beiden ersten Vorstösse ab. Eine Mehrheit fand unsere Forderung zur Offenlegung der Politikfinanzierung.

Unterstützung von der Fraktion und klare Mehrheiten erhielten Zulassungsbedingungen zum zweiten Wahlgang bei Majorzwahlen. Damit soll verhindert werden, dass in Zukunft trotz chancenlosen Kandidaturen ein zweiter, kostspieliger Wahlgang durchgeführt werden muss, wie dies bei den Ständeratswahlen 2015 der Fall war.

Der Geschäftsbericht mit Jahresrechnung 2015 wurde einstimmig genehmigt. Anstatt zu investieren bzw. auf weitere Kürzungen in der Sozialhilfe zu verzichten, beschloss die bürgerliche Mehrheit sodann, die zu erwartenden Überschüsse für eine substanzielle Senkung der Steuern von juristischen Personen zu verwenden.

Im Rat breite Zustimmung fand der Bericht zur Standortkonzentration der Berner Fachhochschule. Neben Biel wird Bern definitiv zweiter Standort. Von Bern nach Burgdorf zügelt die Technische Fachhochschule (ehemals Lädere). Burgdorf erhält zudem ein TecLab. Elisabeth Zäch hat sich als Burgdorfer Stadtpräsidentin an vorderster Front für diese regionalpolitisch kluge Lösung eingesetzt.

Eine Motion gegen die Reitschule wurde in den wesentlichen Punkten abgelehnt. Zustimmung fand hingegen die Forderung, die Kostenverursacher von unbewilligten Demonstrationen zur Kasse zu bitten. Keine Chance hatte hin-

gegen die Forderung nach einer gesetzlichen Grundlage für den Verkauf der BKW-Mehrheitsbeteiligung des Kantons.

Ein zentrales Geschäft der Session war die Spitalstandortinitiative mit diversen Gegenvorschlägen. Gleich zu Beginn der Debatte zog die SP-JUSO-PSA Fraktion ihren Gegenvorschlag zurück. In der Folge fanden weder der SVP-Gegenvorschlag noch der Gegenvorschlag der zuständigen Kommission Mehrheiten. Der Grosse Rat empfahl die Ablehnung der Initiative. Diese wurde im November vom Stimmvolk dann auch mit grosser Mehrheit abgelehnt. Das Baugesetz wurde in 2. Lesung ohne Gegenstimme verabschiedet.

Diverse Kredite wurden auch im Juni genehmigt (u. a. Instandsetzungen und betriebliche Anpassungen des Rathauses; Kantonsstrassen; Hochwasserschutz; Beschaffung eines neuen Passagierschiffs der Bielersee-Schiffahrtsgesellschaft; Kapitalisierung für die Verselbständigung der kantonalen psychiatrischen Dienste).

Wahlen und Berichte:

- Carlos Reinhard wurde zum Präsidenten erkoren, Ursula Zybach zur ersten Vizepräsidentin sowie Jürg Iseli zum zweiten Vizepräsidenten gewählt. Béatrice Simon und Bernhard Pulver wurden zur Regierungspräsidentin bzw. zum -vizepräsidenten gewählt.
- Die Gesamtwahlen der Richterinnen und Richter für die Amtsdauer vom 1.1.2017 bis 31.12.2022 wurden durchgeführt.
- Die Tätigkeitsberichte von Finanzkommission, Geschäftsprüfungskommission, Justizkommission, Parlamentsdienste, Finanzkontrolle, Datenschutzaufsichtsstellen, Gerichtsbehörden und Staatsanwaltschaft wurden meist ohne Diskussion und Gegenstimme zur Kenntnis genommen.
- Die Berichte zu Alterspolitik und Behindertenpolitik im Kanton Bern 2016 wurden einstimmig zur Kenntnis genommen.

Septembersession

Nach dem versuchten Ausverkauf der BKW waren im September Bedag und Berner Kantonalbank BEKB an der Reihe. Der Verkauf der Bedag wurde als Prüfauftrag gutgeheissen. Der Verkauf der BEKB war chancenlos; sie bleibt

in staatlicher Hand. Überwiesen wurde dafür eine Standesinitiative der Pro-AKW-Partei SVP, um erneuerbare Energie in Moorlandschaften zu ermöglichen. Dies von DER Partei, welche das Referendum gegen die Energiestrategie 2050 ergriffen hat.

Die Geschäftsberichte 2015 der Universität Bern, der Berner Fachhochschule sowie der Pädagogischen Hochschule wurden ohne Gegenstimmen zur Kenntnis genommen und Kredite für archäologische Rettungsgrabungen zum Teil nach längerer Diskussion genehmigt. Überwiesen wurde eine Motion, welche Studiermöglichkeiten für Flüchtlinge aus dem syrischen Bürgerkrieg ermöglicht.

Die Meinungen zu zwei Strassenprojekten, d. h. zu den Krediten für die Verkehrssanierungen Burgdorf-Oberburg-Halse sowie Aarwangen-Langenthal Nord, waren in der Fraktion umstritten. Der Grosse Rat genehmigte beide Kredite mit deutlichen Mehrheiten.

Zwei weitere Kredite führten zu Diskussionen: Die Rahmenkredite für die Planung und Realisierung neuer Halteplätze für schweizerische Fahrende (genehmigt) sowie eines Transitplatzes für ausländische Fahrende (zurückgewiesen).

Novembersession

Die Session startete mit einem Knaller; entgegen der Meinung der Fraktion verzichtete der Grosse Rat auf eine Revision der Verfassung zur Stärkung des Parlaments bzw. zur Anpassung der Höhe der Ausgabenkompetenz von Regierung und Parlament sowie zu Anpassungen von Volks- und Eventualantrag.

Schwerpunktthema war – wie immer im November – die Finanzpolitik. Das Budget 2017 gab zwar wenig zu reden. Sowohl der Aufgaben- und Finanzplan wie auch die Steuerstrategie waren jedoch heftig umstritten. Die Fraktion kämpfte vergeblich gegen die Steuerstrategie der Regierung, welche vorsieht, die Gewinnsteuer für Unternehmen zu senken. Der Bürgerliche Rat setzte noch eins drauf mit der Forderung, zusätzlich die Einkommenssteuer für natürliche Personen zu senken und die Erhöhung des Steuerabzugs für die Drittbetreuung von Kindern als nicht prioritär zu erklären. Es gab wenige

Lichtblicke: Der Grosse Rat überwies den Antrag der Fraktion, die Neubewertung der nicht landwirtschaftlichen Liegenschaften unverzüglich an die Hand zu nehmen. Deutlich überwies er auch eine Motion, wonach die 80 Millionen Franken aus der Gewinnausschüttung der Nationalbank wieder vollumfänglich ins Budget aufzunehmen sind. Zudem muss sich die Berner Regierung nochmals mit der Motorfahrzeugsteuer beschäftigen und eine Öko-Steuer prüfen. Diese Erfolge können nicht darüber hinwegtäuschen, dass der nun bürgerlich dominierte Regierungsrat zusammen mit dem bürgerlichen Grosse Rat grosszügig Steuergeschenke an Wohlhabende verteilt und bei Menschen spart, denen es weh tut.

Um verursachergerechte Mobilität ging es bei zwei Vorstössen zu Mobility-Pricing. Die Mehrheit lehnte ein Pilotprojekt im Kanton Bern ab. Erfolge verbuchen konnten wir im Asylbereich: Rückweisungsanträge zur Gesamtstrategie für den Asyl- und Flüchtlingsbereich sowie zum Einführungsgesetz zum Ausländer- und Asylgesetz konnten abgewendet, beide Geschäfte beraten und genehmigt werden.

Mit dem Richtplan 2030 wurde Ende Jahr nach dem Baugesetz ein weiteres wichtiges Planungsinstrument verabschiedet und damit die Weichen für eine nachhaltige Raumentwicklung gestellt. Zu Diskussionen führten aus aktuellem Anlass zwei Vorstösse zu den Krankenkassenprämienregionen. Auch in der letzten Session wurden diverse Kreditgeschäfte genehmigt (Informatik, Bauinventar und Denkmalpflege, Schulraumprovisorium).

Danke schön

Die Mehrheit in der Regierung haben wir verloren, nicht aber den Biss. Die Fraktion ist motiviert und gut aufgestellt. Ich danke allen für die im Berichtsjahr geleistete Arbeit. Mein besonderer Dank geht an Elisabeth Striffeler-Mürset und Adrian Wüthrich (Vizepräsidium), Béatrice Stucki (Kassierin), Parteipräsidentin Ursula Marti sowie an David Stampfli und Sonja Walther vom Seki. Merci auch den neuen, bisherigen und ehemaligen SP-Regierungsrät_innen Christoph Ammann, Barbara Egger-Jenzer, Philippe Perrenoud und Andreas Rickenbacher.

Michael Aebersold, Fraktionspräsident

Parti socialiste du Jura bernois (PSJB)

Marquée, sur le plan mondial, par la montée des démagogues, l'année 2016 a été, pour le Jura bernois, dominée, sur le plan politique, par l'élection complémentaire au Conseil-Exécutif et par les premières escarmouches relatives au vote de Moutier quant à son appartenance cantonale. Sur le plan économique, la situation demeure difficile pour de nombreux travailleurs frappés par des RHT (réductions d'horaire de travail), et il est bien difficile de faire des prévisions quant à l'évolution de la conjoncture pour les mois à venir. La lutte contre le dumping social et salarial revêt donc un caractère plus prioritaire que jamais.

1. Au Conseil du Jura bernois – Im Bernjurassischen Rat

Le Conseil du Jura bernois (CJB) a exercé dans un climat globalement serein les droits de participation et les compétences décisionnelles qui lui sont dévolus par la Loi sur le statut particulier du Jura bernois et de Bienne (LStp). On notera en particulier que le Conseil du Jura bernois

- Est intervenu, d'entente avec Christoph Ammann, auprès du conseiller fédéral Schneider-Ammann à propos du chômage partiel dans les régions particulièrement touchées par la problématique du franc fort, pour le prier de sortir de sa réserve et de son apathie
- S'est penché sur l'avenir des institutions culturelles interjurassiennes après le vote communaliste de Moutier
- S'est attelé à la révision du concept qui fixe les grandes lignes de sa politique culturelle
- A engagé une médiation pour permettre au site de Bellelay d'assurer son rayonnement culturel
- S'est engagé avec force en faveur du maintien de la ligne ferroviaire Moutier – Soleure
- S'est prononcé sur le schéma d'offre cantonal 2018 - 2021 en matière de transports publics
- A poursuivi les travaux de mise en place du Statu quo+ (amélioration du statut du Jura bernois)
- A attribué à Philippe Krüttli, directeur de l'Ecole de musique du Jura bernois et de l'Ensemble vocal d'Erguël, à Nathan Baumann, musicien, et à la « Coordination Jeune public » ses distinctions culturelles 2016

2. Election complémentaire au Conseil-Exécutif – Ersatzwahl in den Regierungsrat

Suite à la démission d'Andreas Rickenbacher et de Philippe Perrenoud, le Parti socialiste du canton de Berne et sa fédération du Jura bernois en particulier, ont tout mis en œuvre pour conserver à ce canton une majorité de progrès qui a largement fait ses preuves durant dix ans. Au soir du premier tour, tout paraissait encore possible : la brillante élection de Christoph Ammann et l'excellent score de Roberto Bernasconi, notamment dans les grandes villes de Berne et de Bienne, permettaient de croire encore à ce qui eût été une sensation aux yeux de nombreux observateurs. Hélas, malgré une campagne dynamique et courageuse, Roberto Bernasconi n'est pas parvenu à combler son modeste retard, de sorte que le siège dévolu au Jura bernois passe en mains UDC et que le canton de Berne retrouve une majorité bourgeoise marquée très à droite.

3. Hommage à Philippe Perrenoud – Laudatio an Philippe Perrenoud

A l'instar du parti cantonal, le PS Jura bernois a, lors d'un congrès tenu à Malleray, rendu un vibrant hommage à Philippe Perrenoud, conseiller d'Etat durant plus de dix ans. Dans un contexte rendu extrêmement difficile par les mesures d'économies, sans cesse confronté aux manœuvres destructrices de la majorité bourgeoise du Grand Conseil, Philippe n'en a pas moins su incarner avec talents les valeurs de justice sociale qui sont celles du socialisme démocratique. Il s'est dépensé sans compter pour défendre la cohésion sociale dans le canton de Berne. Il a en outre été une voie écoutée dans les divers organismes intercantonaux et nationaux au sein desquels il a eu à siéger. Enfin, il aura contribué à écrire la dernière page de cette antédiluvienne « Question jurassienne » et jouant un rôle éminent tout au long de la procédure qui a mené à la victoire du 24 novembre 2013.

4. La préfecture du Jura bernois doit rester en mains socialistes – Das bernjurassische Amtshaus soll in sozialdemokratischen Händen bleiben

Jean-Philippe Marti, ancien préfet du district de Moutier et préfet du Jura bernois depuis la réforme administrative de 2010, prendra sa retraite à fin 2017. Le PS mettra tout en œuvre pour conserver cette préfecture le 21 mai

2017, date de l'élection. Lors de son congrès de Malleray, il a désigné par acclamation Hervé Gullotti pour relever ce défi. Chancelier municipal à Tramelan, homme chaleureux au bénéfice d'une solide formation, connaissant parfaitement les rouages de l'administration, Hervé Gullotti présente toutes les qualités pour faire un excellent préfet. Un comité composé de personnalités issues de différents horizons est prêt à partir avec enthousiasme à la rencontre des électrices et électeurs du Jura bernois en compagnie d'Hervé Gullotti.

5. La vie du parti – Die Partei im Alltag

Fidèle à sa vocation, le PS Jura bernois, malgré des moyens financiers limités, a été présent tout au long de l'année, s'engageant tant dans les campagnes qui précèdent les votations que lors des élections. Force est de reconnaître qu'il est la seule force politique régionale à porter encore ce souci de cohérence et à rappeler combien les enjeux fédéraux et cantonaux déterminent la politique dans le Jura bernois et la marge de manœuvre de ses communes.

On relèvera encore les très bons résultats obtenus par les socialistes lors des élections municipales à La Neuveville, ainsi que la réélection, à Sonvilier, de Marc Jean-Mairet, maire, et de Michel Weishaupt, conseiller municipal.

Lors de ses désormais traditionnelles « Universités d'automne » qui se sont déroulées cette année à Moutier, le PSJB a eu le privilège d'accueillir Fabian Greub, ancien secrétaire général du CJB, et Roberto Bernasconi, député, pour préparer les échéances électorales de 2018.

Christophe Gagnebin, membre du bureau du comité du PSJB

SP Frauen Kanton Bern

An der HV im Mai 2016 wurde ich zur neuen Präsidentin gewählt. Da die HV 2017 bereits im Februar stattfindet, ist die Zeitspanne zwischen den beiden HV's kürzer als üblich und somit auch mein erster Jahresbericht!

Die erste Sitzung des Leitungsgremiums nach der HV fand am 25. August statt. Dabei ging es vor allem darum, sich gegenseitig kennen zu lernen, sich

auszutauschen und die wichtigsten Tätigkeiten/Projekte festzuhalten. Das Leitungsgremium tagte das zweite Mal am 10. November 2016. Prioritär war die HV/Tagung 2017, welche wie erwähnt früher geplant war. Dazu wurde die bestehende Arbeitsgruppe Wirtschaft, welche bereits die letztjährige Tagung organisiert hatte, aktiviert und mit weiteren Frauen ergänzt. Die Arbeitsgruppe plante den groben Ablauf der Tagung «Frauen und Politik» zuhanden des Leitungsgremiums. Am 7. Januar 2017 zog sich das Leitungsgremium zu einer retraite zurück. Schwerpunkt waren die Ziele und Aktivitäten des Jahres 2017 sowie die finale Organisation der HV und Tagung im Februar. Barbara Nyffeler sorgte im 2016 noch für die Beiträge der SP-Frauen Bern im links.be. Passend zum Jahresthema „Wo sind sie geblieben“, setzten sich die Artikel mit Frauen in der Wirtschaft auseinander. Im März berichtete Dalia Schipper von ihrer Selbständigkeit, im Juni wurde auf die HV und Tagung zurückgeschaut und im September konnte ich mich als neue Präsidentin der SP Frauen Kanton Bern zum Thema Frauen und Wirtschaft äussern. Vielen herzlichen Dank, Barbara, für das Engagement und die interessanten Texte in den letzten Jahren! Künftig werden die SP-Frauen nur noch 3 x im Jahr einen Artikel schreiben. Die Planung erfolgt in der Regel in der ersten ordentlichen Sitzung des Jahres.

Während den Grossrats-Sessionen fanden jeweils wie üblich am ersten Donnerstag das SP-Fraktionsfrauen-Mittagessen im Restaurant Postgässli statt. Die Grossrätinnen organisierten an einem solchen Essen ein Foto für die AHVPlus-Initiative, welches wir dann über Facebook und Twitter verbreiteten. Die Essen sind eine gute Gelegenheit sich auszutauschen, Pläne zu schmieden und Geschäfte zu besprechen.

Ich bin zudem in der Findungskommission für die Regierungswahlen und versuche als Präsidentin der SP Frauen unter anderem auch die Interessen der Frauen zu vertreten.

Nun sind wir bereit, mit vollem Elan ins neue Jahr aufzubrechen. Im 2017 wird der Hauptfokus auf den Regierungs- und Grossratswahlen 2018 liegen. Der zweite Schwerpunkt wird die Thematik «Gender Diversity / Diversity Management» sein. Hier wollen wir uns im 2017 vertiefen und Aktivitäten angedenken.

Der Start ins Präsidium wurde mir leichtgemacht - ich wurde vom Leitungsgremium mit offenen Armen aufgenommen und von allen gut beraten. Auch Petra Maurer, welche die Mutterschaftsvertretung für Zora Schindler übernahm, machte eine perfekte Arbeit und stand mir mit Rat und Tat zur Seite. Nun ist Zora wieder zurück an der Arbeit - wir freuen uns auf das 2017!

Kornelia Hässig, Präsidentin der SP Frauen Kanton Bern

JUSO Kanton Bern

Die JUSO Kanton Bern blickt auf ein sehr bewegtes Jahr zurück und richtet dabei einen zuversichtlichen Blick in die Zukunft.

Paris-Langenthal

Einschneidend waren die Vorfälle in Paris, wo im Sommer Proteste gegen die deregulierende Arbeitsmarktreform stattfanden. Unser Genosse Alain Roth, damals noch JUSO-Kandidat auf der SP-Liste für die Stadtratswahlen in Langenthal, wurde dort beim gewaltfreien Demonstrieren lebensbedrohlich verletzt. Als der Vorfall publik wurde, prasselten Medienanfragen auf die JUSO Kanton Bern und die SP Langenthal ein. Der daraus entfachte offene Konflikt zwischen der SP Langenthal und der JUSO endete damit, dass die JUSO Oberaargau sich offiziell von der Wahlliste der SP Langenthal zurückzog.

Die Ereignisse beschäftigten die JUSO aber auch nach dem Abflachen des medialen Interesses. Die JUSO Kanton Bern forderte per Antrag an die GL der SP Kanton Bern eine interne Untersuchung der Ereignisse. Ergebnis der Untersuchung soll ein interner Bericht sein, welcher Auskunft über die Handlungen im Konflikt geben soll. Erklärtes Ziel der JUSO Kanton Bern ist es, dass aus den Ereignissen Lehren gezogen und solche Konflikte in Zukunft vermieden werden können. So sollen auf Grundlage des Berichts beispielsweise Medien- und Kommunikationsworkshops geschaffen werden. Der Antrag wurde anfangs 2017 angenommen, der Bericht wird bis Sommer 2017 erstellt.

Unterstützung der Berner Sektionen

Ein Hauptziel der JUSO Kanton Bern ist es, die Berner Sektionen einander näherzubringen, die Sektionen zu unterstützen und zur Bildung der Mitglieder beizutragen. Mit der Organisation des jährlichen Osterlagers hat die Kantonalpartei auch dieses Jahr einen wichtigen Beitrag zu diesem Ziel geleistet. Das Lager in Eriz wurde gemeinsam mit den Kantonal-Sektionen Tessin, Zug, Uri und Obwalden durchgeführt.

Die JUSO Kanton Bern engagierte sich auch bei den Wahlkämpfen in den Städten Bern und Biel/Bienne und stellte die Grafik für die Kampagnenmittel bereit. Die JUSO Kanton Bern freut sich über die Glanzresultate der Sektionen JUSO Bilingue und JUSO Stadt Bern und gratuliert den Sektionen zum Sitzgewinn von drei, respektive zwei Sitzen in den städtischen Legislativen. Sie sind auch Beweis dafür, dass eine klar linke Politik im Kanton Bern gefragt ist und stellen nicht zuletzt auch das Ergebnis des Nationalratwahlkampfes 2015 der JUSO dar.

Ein Highlight für die JUSO Kanton Bern im 2016 war zudem, dass die damalige Co-Präsidentin Tamara Funciello zur Präsidentin der JUSO Schweiz gewählt wurde.

Schwachpunkte

Durch die vielen personellen Wechsel in der GL der JUSO Kanton Bern wurde es in der zweiten Jahreshälfte ruhig um die JUSO Kanton Bern. Die nötigen Einarbeitungs- und Organisationsphasen führten zu einer Verlangsamung aller Prozesse. Die Geschäftsleitung zeigt sich betreffend dieses Punktes selbstkritisch und ist motiviert, dieses Problem konstruktiv mit langfristiger Personalplanung und Professionalisierung der GL-Arbeit anzugehen.

ZUKUNFTSBLICK

In den bevorstehenden Monaten wird ein besonderer Fokus auf die Grossrats-Sessionen und die bevorstehenden Grossratswahlen gelegt. Wir werden uns lautstark gegen Sparmassnahmen und Repression engagieren und die Grundsteine für einen erfolgreichen Grossratswahlkampf mit Inhalten im Zentrum legen.

Alle Kantonalsektionen werden zudem mit dem Sammeln der 99%-Initiative der JUSO Schweiz beschäftigt sein.

Die Geschäftsleitung der JUSO Kanton Bern ist überzeugt, dass die JUSO Kanton Bern mit ihrer Basis in unserem Kanton viel bewegen kann. Sie schaut zuversichtlich auf die kommenden Monate und freut sich auf bunte Aktionen zu Grossrats-Geschäften, einem spannenden Wahlkampf und die Zusammenarbeit mit neuen und bestehenden, aktiven Sektionen. Vencere-mos!

Für die Geschäftsleitung:

Das Co-Präsidium, Daria Vogrin und Marcel Mollard

Sozialdemokratisches Forum

Politische Schwerpunkte im StudentInnenrat

Das SF hat im Jahr 2016 im StudentInnenrat (SR) der SUB insgesamt 20 Vorstösse eingereicht, wovon 14 angenommen und zwei abgelehnt wurden. Auf die übrigen vier ist der Rat nicht eingetreten. Inhaltliche Schwerpunkte lagen insbesondere auf der Stärkung der Visibilität der SUB, der Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen StudentInnenrat und SUB-Vorstand, der Gleichstellung und der Schliessung reglementarischer Lücken.

Das SF erachtet es als zentral, die Visibilität der SUB zu stärken und damit Studierende auf die Angebote der StudentInnenschaft aufmerksam zu machen. Die Kommunikation der SUB soll aber nicht nur gegen aussen, sondern auch gegen innen verbessert werden. Verschiedene Vorstösse zielten im vergangenen Jahr darauf ab, den Informationsfluss zwischen SUB-Vorstand und SR zu verbessern und gleichzeitig im StudentInnenrat ein besseres Arbeitsklima zu schaffen. Grössere Transparenz sowohl innerhalb der SUB als auch im Gesamtkontext der Universität ist dabei ein Kernanliegen des Sozialdemokratischen Forums. So wurde u.a. ein Vorstoss im SR eingereicht, der mehr Transparenz in der Evaluation von Lehrveranstaltungen forderte.

Auch das Unifestival bot dem SF Anlass zu mehreren Vorstössen. Einerseits wurde die Erarbeitung eines Konzepts gegen sexuelle Belästigung verlangt, andererseits versucht, durch eine parlamentarische Initiative die Ticketpreise

zu senken, damit das Unifestival für alle Studierenden erschwinglich bleibt. Erschwinglich sollte aber auch das Kopieren bleiben. Nach der Schliessung der Kopierzentrale forderte das SF daher ein Substitutionsangebot, welches garantiert, dass den Studierenden aus der Schliessung kein Nachteil erwächst.

Auch die Gleichstellung blieb im Jahr 2016 ein Hauptanliegen des SF, das u.a. in einer Interpellation Auskunft beim SUB-Vorstand einforderte, ob die SUB Kenntnis von der Diskriminierung von Transmenschen hat und ob Verbesserungen des universitären Angebots angestrebt werden können (z.B. durch die Installierung von Unisex-Toiletten).

Last but not least nahm das SF seine Aufsichtspflicht über die Arbeit des SUB-Vorstands wahr und engagierte sich insbesondere in der Budget-Debatte und der Überarbeitung des Jahresprogramms.

Anlässe

Das SF hat im Laufe des Jahres 2016 mehrere Anlässe durchgeführt. Nach der Generalversammlung am 05. Mai 2016 war der nächste wichtige Termin der Tag des Studienbeginns (TdS) am 16. September 2016. Das SF verteilte bei dieser Gelegenheit bedruckte Taschen mit dem SF-Logo, welche, mit Flyern und anderen Kleinigkeiten gefüllt, bei den neuen Studierenden grossen Anklang fanden. Zudem gab es über das Jahr hinweg mehrere Fraktionsanlässe, an denen neue interessierte Personen willkommen geheissen wurden und gleichzeitig der Kontakt zwischen ehemaligen und aktuellen SF-Mitgliedern gepflegt wurde.

Internes

An seiner Generalversammlung verabschiedete das Sozialdemokratische Forum eine Statutenänderung. Die Änderungen betrafen insbesondere die Funktionen innerhalb des SF. An die Stelle des Co-Fraktionspräsidiums trat ein SF-Vorstand, bestehend aus Fraktionssekretär_in, Kommunikationsverantwortliche_r und Finanzverantwortliche_r. Zudem erfolgte eine Neuregelung der Stellvertretungsverhältnisse und eine präzisere Definition der jeweiligen Aufgabenbereiche. In der zweiten Jahreshälfte beschäftigte sich das SF zudem mit den Vorbereitungen für die kommenden StudentInnenratswahlen im Jahr 2017.

*Provisorische Version zur Genehmigung an der Generalversammlung 2017
Noémie Lanz (Verfasserin), Corina Liebi (Überarbeitung)*

SP 60+ Kanton Bern

Am 27. November 2015 fand die Gründungsversammlung der SP 60+ Kanton Bern statt. Aus den vier Regionen Bern-Mittelland, Oberland, Biel/Bienne-Seeland und Ob- und Nid-Emmental, wurden je zwei Mitglieder in den Vorstand gewählt und aus jeder Region wurde eine Person als Delegierte/Delegierter für die Parteitage der SP Kanton Bern ernannt. Die SP 60+ wird in den Statuten der SP Kanton Bern nun als neues Organ aufgeführt, hat einen Sitz in der Geschäftsleitung und wird finanziell und personell unterstützt. Dank der Gründung von SP 60+ wurden innerhalb der SP wertvolle Ressourcen reaktiviert.

Dem Kantonalvorstand 60+ gehören an: Paul Zaugg (Präsident), Sabine Högger-Maire (Vizepräsidentin), Paul Bayard, Peter Kurth, Fred Scholl, José Duarte, Martin Hagi und Marie-Louise Abegglen.

Aktivitäten 2016 Kanton

Am 10. September fand in Bern eine kantonale Tagung zum Thema Gesundheitspolitik statt. Grossrätin Elisabeth Striffeler und Grossrat Michael Aebbersold zeigten in kompetenter Weise die grossen Herausforderungen auf und begründeten die ablehnende Haltung der SP zur umstrittenen Spitalstandortinitiative. Nach dem gemeinsamen Mittagessen folgte die Teilnahme an der Grosskundgebung des Gewerkschaftsbundes zur Unterstützung der AHV plus -Initiative.

Der Kantonalvorstand 60+ führte zur Beratung der laufenden Geschäfte drei Sitzungen durch.

Region Berner Oberland

Grosseinsatz für die Regierungsratswahl; Sieg des Oberländers Christoph Ammann und somit Erfolg für die SP. April: Gut besuchter öffentlicher Anlass 60+ mit Gewerkschaftsbund und Paul Rechsteiner zu AHV-plus und Rentenreform. Anschliessend Podiums-Diskussion mit Jungpolitikern von SVP, SP und FDP. Gutes Echo in Regional-Zeitungen. Juni: Besuch im Kristallkeller Reichenbach und anschliessend Führung im Bären Kiental mit Historikerin durch die eindrückliche Ausstellung «Kientaler Friedenskonferenz».

November: Gut besuchte öffentliche Podiumsdiskussion von SP 60+ mit SP, BDP und SVP zur unsinnigen Spitalstandort-Initiative.

In der Stadt Thun existiert seit vielen Jahren eine SP Seniorengruppe, von der einige Personen auch bei SP 60+ Berner Oberland aktiv mitmachen. Thun ist auch mit einem Mitglied in der Kerngruppe Oberland vertreten

Biel-Seeland

Während die SP in dieser Region sehr aktiv ist, kam es bisher nicht zur Gründung einer Kerngruppe SP 60+. Die zwei Vertreter der Region im Kantonalvorstand 60+ geben die Hoffnung aber noch nicht auf.

Oberaargau-Emmental

Die Region SP 60+ Oberaargau führte im Berichtsjahr fünf Anlässe durch: Die zwei SP Regierungsrats-Kandidaten machten den Auftakt zu den stets sehr gut besuchten Treffen. Auf besonders grosses Interesse stiess die Frühjahrsversammlung zum Thema Strommarktliberalisierung und Strommarktsituation in der Schweiz und in Europa mit dem Referenten Urs Wälchli von der Geschäftsleitung der Onyx Energie Mittelland. Der nächste Anlass galt dem Altersleitbild und gab dem (inzwischen neu gewählten) Langenthaler SP Stadtpräsidenten Reto Müller die Gelegenheit, um Auskunft zu geben und mit dem Publikum zu diskutieren. Einen Besuch im Bundeshaus hat man mit Ständerat Hans Stöckli abgemacht, und für den begeisternden Schluss- und Höhepunkt im Jahresprogramm sorgte Nationalrätin Margrit Kiener Nellen mit einem fulminanten Referat zum Unternehmenssteuerreformgesetz III.

Bern-Mittelland

Der erste Anlass stand unter dem Titel «Feminismus – eine lange Geschichte». JUSO-Präsidentin Tamara Funciello und die bekannte Publizistin und SP Politikerin Gret Haller diskutierten über Feminismus damals und heute. Anschliessend wurde das Gespräch mit den Anwesenden unter der Leitung von Liselotte Lüscher weiter geführt. Am Treffen im Juni orientierte der Worber Genosse Jonathan Gimmel die Gruppe über die Hochwasserschutzmassnahmen in Worb und die Renaturierung der Worble. Bei einem Spaziergang entlang der befreiten Worble besuchten wir das «Radiesli», eine Genossenschaft für biologischen Gemüseanbau und Landwirtschaft. Mit blauen Hüten und Fahnen machten wir Werbung und Fotos für die AHVPlus. Im Oktober traf man sich im Generationenhaus zum Thema «Neue Wege für alte Leute». Nach Kurzreferaten von engagierten SP-Parlamentariern und Parlamentarie-

rinnen aus Stadt und Region wurde in Gruppen über die Alterspolitik, das Wohnen im Alter und die Sicherheit im öffentlichen Raum diskutiert. Zum Abschluss wurden die Erkenntnisse und Anliegen im Plenum zusammengetragen. In einem Begleitbrief mit der Einladung zu diesem Anlass machten wir Werbung für das Referendum USR III und für die Abstimmungen vom September und November 2016. Unsere Einladungen und Info-Briefe senden wir jeweils auch an die SP-Sektionen Bern-Mittelland.

Ich danke ganz herzlich Sabine und Marie-Louise sowie den andern Vorstandsmitgliedern der SP 60+ Kanton Bern für den tollen Einsatz und das grosse Engagement für unsere Anliegen. Ebenso möchte ich mich bei den Sekretärinnen Zora Schindler und Petra Maurer (Stv.) für ihre wertvolle Unterstützung bedanken.

Paul Zaugg, Präsident SP 60+

Regionalverbände

2016 fand das Treffen mit den Regionalverbänden am 8. Juni im Sekretariat der SP Kanton Bern statt. Der Hauptfokus lag auf dem Ausblick auf die kantonalen Wahlen sowie der Situation in den Regionalverbänden allgemein. Die geplante Fortführung der Basiskampagne kam bei den Regionalverbänden gut an. Geschätzt wird daran vor allem, dass man nebst der Mobilisierung für die Wahlen auch zu Aktionen und Spenden aufrufen kann. In vielen Regionen fokussiert sich die Arbeit auf die Grossratswahlen, da für weitere Aufgaben vielfach die Mittel fehlen. Dennoch stehen die einzelnen Regionalverbände unterschiedlich gut da.

Sehr erfreulich war 2016 die Solidarität, die zwischen den Regionen bei der Wahl für den Regierungsrat wirkte. Dieses Zusammenspannen war ein wichtiges Element im Kampf gegen die beiden SVP-Kandidaten und entscheidend für den Wahlsieg von Christoph Ammann und das gute Abschneiden von Roberto Bernasconi.

Dennoch bleibt die Situation in vielen Regionen schwierig. Zukünftig muss deshalb eine Regelung gefunden werden, die den Möglichkeiten der einzel-

nen Regionalverbände gerecht wird. Um zu eruieren, welche Unterstützung wo und in welchem Ausmass nötig ist, müssen die Bedürfnisse der Regionalverbände hinterfragt werden, um dann gemeinsam individuelle Lösungen zu erarbeiten.

Die SP Kanton Bern dankt den Präsidien und Vorständen der Regionalverbände für ihr Engagement 2016. Insbesondere hinsichtlich der Ersatzwahlen in den Regierungsrat waren die Regionen sehr wichtig.

Zora Schindler, Parteisekretärin

Sektionen

1. Allgemeine Bemerkungen

Per Ende 2016 hat die SP Kanton Bern 131 Sektionen. Die Kantonalpartei dankt allen Sektionsvorständen und -mitgliedern für das grosse Engagement 2016. Neben den zwei Wahlgängen für die Regierungsratsersatzwahlen im Winter und Frühjahr sammelten unsere Leute mit uns für die Transparenz-Initiative der SP Schweiz, kämpften für die Asylgesetz-Revision sowie gegen die Durchsetzungsinitiative und machten vielerorts noch einen Wahlkampf für Gemeindewahlen.

Dass unsere Partei vom unermüdlichen Einsatz einzelner Mitglieder abhängig ist, ist uns allen bekannt. Die Sektionen sind das Rückgrat der Partei. Deshalb ist es unerlässlich, dass wir Nachwuchs rekrutieren und interessierte Leute aktiv ansprechen. Dies kann und muss in den Sektionen geschehen – mit aktiver Unterstützung der Kantonalpartei sowie der SP Schweiz.

2. Gemeindewahlen mit SP-Beteiligung

2016 war das Jahr der Gemeindewahlen: In insgesamt 65 Berner Gemeinden wählte die Bevölkerung ihre Regierung neu. Dabei gab es kleinere Verschiebungen – die Bilanz für die SP ist klar positiv: 14 neue Sitze wurden gewonnen viele bisherige verteidigt und lediglich 7 gingen verloren. Zahlreiche neue SP-Mitglieder haben den Sprung in die Exekutive geschafft. Erfreulicherweise ist die SP in fast allen Gemeinden mit einer Liste angetreten.

Sitzgewinne erreicht wurden in Belp (+1), Heimberg (+1), Ittigen (+1), Muri (+1), Neuenegg (+1), Schüpfen (+1), Oberhofen (+2), Radelfingen (+1), Saanen (+1), Seftigen (+1), Sigriswil (+1), Sumiswald (+1), Wimmis (+1).

Ihre Sitze gehalten – teils mit neuen Kandidierenden – haben unsere Sektionen in Aarberg, Aarwangen, Aefligen, Attiswil, Biel, Bolligen, Brienz, Brügg, Burgdorf, Burgistein, Ferenbalm, Hasle b. Burgdorf, Hilterfingen-Hünibach, Hindelbank, Interlaken, Ipsach, Kehrsatz, Kirchberg, Koppigen, Krauchthal, La Neuveville, Lyssach, Meikirch, Mühleberg, Münchenbuchsee, Niederbipp, Oberburg, Orpund, Ostermundigen, Reichenbach im Kandertal, Rubigen, Safnern, Schwarzenburg, Täuffelen, Thierachern, Urtenen-Schönbühl, Vechigen, Wattenwil, Wilderswil, Zollikofen und Zwieselberg.

Verluste erlitten hat die SP in Huttwil (-1), Moosseedorf (-1), Oberbipp (-1), Spiez (-1), Unterseen (-1), Walkringen (-1) und Wynigen (-1).

Auch bei den **Gemeindepräsidien** waren die SP-Sektionen aktiv. In verschiedenen Gemeinden sind langjährige SP-Gemeindepräsident_innen zurückgetreten, so geschehen zum Beispiel in Belp, Bern, Burgdorf, Münchenbuchsee, Schwarzenburg, Spiez und Thierachern. In anderen Gemeinden griffen die SP-Sektionen das Präsidium neu an. Beispiele dafür sind Urtenen-Schönbühl, Attiswil, Langenthal und Worb. Schliesslich gab es natürlich auch Gemeinden, in welchen SP-Gemeindepräsidien zur Wiederwahl antraten. Biel, Interlaken und Orpund sind Beispiele hierfür.

Präsidium erreicht: Biel, Burgdorf, Langenthal, Interlaken, Ipsach, Orpund, Safnern, Täuffelen, Thierachern, Urtenen-Schönbühl.

Präsidium nicht erreicht: Attiswil, Belp, Bern, Münchenbuchsee, Schwarzenburg, Spiez, Worb

Unabhängig von der Ausgangslage haben die Sektionen hart um die Gemeinderatssitze und -präsidien gekämpft. Über Erfolg oder Niederlage entschieden verschiedene Umstände, am Einsatz der SP-Leute und der Kandidierenden lag es aber nicht. Wir danken allen Sektionspräsidien, Wahlkämpfenden und Basismitgliedern für die Arbeit! Nur dank dem Engagement der

Sektionen in den Gemeinden können wir weiterhin auf allen Ebenen Einfluss nehmen und unsere Politik für alle statt für wenige umsetzen!

3. **Veranstaltungen SP Kanton Bern für Sektionen und Mitglieder**

Die **Vorständekonferenzen** fanden 2016 wie folgt statt:

- Sektionen der Regionalverbände Emmental und Oberaargau am 8.8. in Burgdorf
 - Sektionen der Regionalverbände Oberland und Thun am 9.8. in Spiez
 - Sektionen des Regionalverbandes Bern-Mittelland am 23.8. in Bern.
 - Sektionen des Regionalverbandes Biel. Bienne-Seeland am 24.8. in Lyss
- Schwerpunktthemen der Vorständekonferenzen: Gross- und Regierungsratswahlen 2018/Grober Zeitplan; Anliegen der Sektionen; Finanzen SPS.

Der **Dankes Anlass** der Kantonalpartei für Vorstandsmitglieder der Sektionen fand am 22.01.2016 im Museum für Kommunikation in Bern statt, mit einer stündigen Führung durch die Ausstellung «Dialog mit der Zeit» sowie anschliessendem Apéro. Am Dankes Anlass nahmen etwa 70 SP-Vorstandsmitglieder teil.

Das **Treffen mit den kommunalen SP-Exekutivmitgliedern** fand am 22.08.2016 im Hotel Bern statt. Im Mittelpunkt standen die Gemeindewahlen. Das Podiumsgespräch mit Alexander Tschäppät (zurücktretender Stadtpräsident Bern), Ursula Zybach (neue Kandidatin Gemeindepräsidium Spiez) und Stefan Krattiger (bisheriger Kandidat Gemeindepräsidium Aegerten) beleuchtete verschiedene Aspekte des Wahlkampfes auf Gemeindeebene. Am Anlass nahmen 22 Personen teil und nutzten die Gelegenheit, sich untereinander auszutauschen und zu vernetzen.

Der **Neumitgliedertreff** wurde am 02.09.2016 im Rathaus durchgeführt. 47 Personen nahmen an der einstündigen Führung der Vize-Staatschreiberin Christiane Aeschmann teil, besichtigten das „Innenleben“ des politischen Zentrums im Kanton Bern und suchten bei einem Apéro in der Eingangshalle das Gespräch mit den SP-MandatärInnen (Regierungsmitglieder, Nationalrät_innen, Grossrät_innen).

Zora Schindler, Parteisekretärin

Projekt Agglomerationen

1. Projekt der SP Schweiz

Ziel des „Projekt Agglomerationen“ ist, dass die SP-Sektionen in den Agglomerationen von der SP Schweiz mit konkreten Handlungsoptionen gestärkt werden. So sollen die Sektionen aktiviert und die SP-Präsenz erhöht werden. Dabei geht es zum einen um Mitgliedergewinnung und -pflege und zum anderen um aktive Gemeindepolitik.

2. Umsetzung SP Kanton Bern

Im Kanton Bern nehmen 5 Sektionen am Agglo-Projekt teil: Belp, Ittigen, Kehrsatz, Langenthal und Steffisburg. Mit allen teilnehmenden Sektionen hat ein Treffen stattgefunden, bei dem jeweils eine Vertretung der SPS und der SPBE anwesend waren. Dabei ging es um eine Standortbestimmung und ein erstes Andenken von möglichen Sektionsprojekten. Nach diesen ersten Treffen mit den Sektionen war die Stimmung sehr positiv. Es zeigte sich, dass in vielen Agglo-Sektionen ähnliche Probleme vorherrschen: Mitgliederzahlen, fehlender günstiger Wohnraum und Begegnungszonen in der Gemeinde.

Kehrsatz und Langenthal haben mit altersgerechtem Wohnen und Mitgliederwerbung jeweils ein Thema direkt angepackt. Der Kontakt mit den anderen teilnehmenden Sektionen schief nach dem ersten Treffen mehrheitlich ein. Einzig in Langenthal fand noch ein weiteres Treffen zwischen SP Schweiz/SP Kanton Bern und der Sektion statt, bei der der Stand des Mitgliederwerbeprojekts Thema war.

3. Fazit und Ausblick

Auf schweizerischer Ebene zeigt sich ein ähnliches Bild wie im Kanton Bern: Der Enthusiasmus für das Projekt ist in vielen Sektionen der Ernüchterung gewichen, als sich abzeichnete, dass die SP Schweiz den Sektionen nicht Aufgaben abnehmen kann. Vielmehr bedeutet die Umsetzung von konkreten Projekten einen Mehraufwand für die Sektionen.

Die SP Schweiz hat deshalb den Fokus verändert: Das Agglo-Projekt wird neu mit anderen Aktivitäten und Projekten verbunden, welche die SP Schweiz im Angebot hat. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf der Basis-kampagne und der Mitgliederwerbung. Sektionen können aber nach wie vor

konkrete politische Themen aufgreifen und diese auf Gemeindeebene per Referendum, Petition oder Initiative angehen. Die SP Schweiz ist derzeit daran, die teilnehmenden Sektionen zu kontaktieren und das weitere Vorgehen mit ihnen zu besprechen.

Zora Schindler, Parteisekretärin

Fachausschuss Bildung

Der FA Bildung hat sich 2016 zu 4 Sitzungen getroffen.

Im Januar diskutierte er über die Frage, ob die SP eine Volksinitiative für die Schaffung eines Bildungsfonds lancieren sollte. Ausserdem suchten die Mitglieder politisch mehrheitsfähige Forderungen zur Stärkung des Bildungsprofils der SP und zur Unterstützung der Bildungspolitik von Bernhard Pulver. Der FA entschied, auf eine Volksinitiative zu verzichten.

Im Mai sammelten die Teilnehmenden des FA Bildung Themen zu bildungspolitischen Anliegen und Schwerpunkten der SP. Daraus leitete sich das Schwerpunktthema der beiden nächsten Sitzungen ab, an der sich der FA Bildung über die Auswirkungen der Digitalisierung auf die Volksschule auseinandersetzte.

Zwei Fachreferenten führten im August in die Thematik ein, welche Roland Näf an der Novembersitzung mit einem vertiefenden Praxisbezug für die Volksschule weiter konkretisierte.

Irene Hänsenberger, Co-Präsidentin

AG Asyl

Die AG Asyl wurde Ende September 2016 aufgrund der Beschlüsse des Parteitags vom 11. Juni 2016 von der GL der SP Kanton Bern ins Leben gerufen. Sie hatte den Auftrag, das auf den Juni-Parteitag vorgelegte Asylpapier gemäss den Auflagen des Parteitages bis zum Parteitag vom 29. März 2017 zu überarbeiten. Dazu sollte sie sich mit der Parteileitung gut abstimmen, das Positionspapier der SP Schweiz berücksichtigen und sich mit der Fachgruppe STA/JGK/POM der SP-JUSO-PSA-Fraktion im Grossrat absprechen.

Am 13. Oktober 2016 traf sich die Arbeitsgruppe zum ersten Mal unter der kundigen Leitung von Regina Fuhrer. Aufgrund der kurzen Frist – die erste Fassung sollte Anfangs 2017 stehen, damit die Parteileitung und die GL sie zuhanden des Parteitages bearbeiten konnten – musste die Gruppe den Fahrplan eng takten. Wir beschlossen, die Arbeit in drei Sub-Gruppen aufzuteilen. Margaretha Hehl koordinierte die Sitzung zur Einleitung (Mitarbeit von Halua Pinto de Magalhães, der einen Entwurf für die neue Einleitung verfasste und Franz-Dominik Imhof); Regina Fuhrer und Gabriela Glauser jene zum Hauptteil, wo alle gestellten Anträge nach bester Möglichkeit integriert wurden (Mitarbeit Samuel Trafelet und Franz-Dominik Imhof) und Alice Kropf jene zu den neu dazu kommenden Inhalten (mit Michael von Bergen und Sofia Fisch).

Halua Pinto de Magalhães und Franz-Dominik Imhof haben sich zudem bereit erklärt das Präsidium der Arbeitsgruppe zu übernehmen und die verschiedenen Teile zusammenzuführen. Sehr dankbar war die AG für das professionelle Erledigen der Sekretariatsarbeiten durch David Stampfli und für die wichtige Arbeit von Regina Fuhrer, welche die Koordination mit der Fachgruppe der Fraktion übernahm.

Nach den Arbeiten in den Sub-Gruppen wurden die verschiedenen Teile an der zweiten Sitzung der Arbeitsgruppe zusammengeführt und inhaltlich aufeinander abgestimmt. Halua de Pinto Magalhães und Franz-Dominik Imhof haben danach eine konsolidierte Fassung zuhanden der Parteileitung und der GL erstellt. Halua de Pinto Magalhães und David Stampfli haben deren Rückmeldungen und Inputs – der wichtigste war eine griffige Zusammenfassung der 10 wichtigsten Forderungen – nach elektronischer Rückfrage bei der AG an einem weiteren Treffen Ende Januar zuhanden der GL verarbeitet, welche nun das Papier dem Parteitag vom 29. März 2017 vorlegt.

Das Präsidium möchte allen Beteiligten für ihre Arbeit danken, die es ermöglichte den engen Fahrplan einzuhalten und trotzdem ein breit abgestütztes und offen diskutiertes Papier zu verfassen. Die AG Asyl möchte auch für die Vorarbeit der ersten Arbeitsgruppe danken, der mindestens so viel Anteil am aus unserer Sicht sehr gelungenen Ergebnis zukommt.

Für das Präsidium

Halua Pinto de Magalhães und Franz-Dominik Imhof

AG Kirche und Staat

Die Arbeitsgruppe Kirche und Staat wurde 2015 im Zuge der Diskussionen zum regierungsrätlichen Bericht zum selben Thema ins Leben gerufen. Der Bericht wurde vom Grossen Rat in der Septembersession 2015 mit acht Planungserklärungen zur Kenntnis genommen. Der Regierungsrat hat die Arbeiten zur Totalrevision des Gesetzes über die Landeskirchen zügig an die Hand genommen. Die SP Kanton Bern hat am Tag der regierungsrätlichen Medienkonferenz zum Start der Vernehmlassung mit einer Medienmitteilung reagiert. Im Herbst 2016 lief die Vernehmlassung. Auch die SP Kanton Bern wurde zur Stellungnahme eingeladen. Für die Erarbeitung der Vernehmlassungsantwort wurde die Arbeitsgruppe zu einer Sitzung eingeladen. An dieser Sitzung wurde der Gesetzesentwurf intensiv besprochen und alle Punkte, welche wir als SP Kanton Bern aufgreifen wollen, besprochen. Per Email wurde eine Vernehmlassungsantwort zuhanden der Geschäftsleitung der SP Kanton Bern erarbeitet, welche dem Vorschlag Ende Dezember zustimmte. Die SP Kanton Bern versteht die Totalrevision als weiteren Schritt zur Klärung des Verhältnisses zwischen Kirchen und Staat und zu einer Stärkung der Landeskirchen. Sie geht jedoch davon aus, dass die drei Landeskirchen Volkskirchen bleiben, allen Menschen offenstehen und Radikalisierungen entgegengehalten werden kann. Sie blickt interessiert der angekündigten Religionsstrategie und der darauf folgenden Diskussion entgegen. Das Landeskirchengesetz wird in der Septembersession 2017 des Grossen Rates in erster Lesung beraten.

Adrian Wüthrich, Grossrat, Vizepräsident der SP-JUSO-PSA Grossratsfraktion, Vorsitzender der AG

AG SPowers

Personelles: Im Laufe des Jahres haben sich 3 Personen neu bereit erklärt, bei SPowers mitzumachen. Jedoch war es, auch wenn Diskussionsinhalte (2 Vernehmlassungsantworten) vorhanden gewesen wären, nicht möglich SPowers zu versammeln. Wir trafen uns lediglich in kleinsten Splittergruppen. Res Hofmann ist seit Ende 2016 nicht mehr im Grossen Rat und möchte sich wieder stärker auf die Stadtpolitik konzentrieren. Es wäre wichtig, dass in der Leitung der SPowers ein Mitglied des Grossen Rates mitmacht. Das heisst, es muss eine neue Person aus der GR-Fraktion die Leitung der SPowers übernehmen.

Im Frühjahr wurde diskutiert, ob es seitens der SPowers eine Reaktion auf das Rückbauprojekt der BKW braucht. Der Rückbau verringert nach Abschaltung des AKW das Atomrisiko, dementsprechend ist es wichtig das Rückbauprojekt aufmerksam zu verfolgen aber nicht bereits im Voraus zu kritisieren.

Im Frühjahr 2016 erarbeitete SPowers eine Vernehmlassungsantwort zum kantonalen Richtplan: «Anpassungen im Bereich Windenergie». Pierre Masson hatte nach einem SPowers-Treff am 22. April 2016 einen Entwurf verfasst. Dieser wurde im Kreis der SPowers weiter ausgearbeitet und am 17. Mai 2017 durch Pierre Masson an der GL Sitzung vorgestellt und durch die GL so verabschiedet.

Im Rahmen der Windenergie Vernehmlassung trafen sich 2 neue Personen, welche zusammen mit Jürg Joss diskutierten, wie SPowers neuen Schwung aufnehmen könnten. Infolgedessen erschien im August 2016 im «links» durch Jürg Joss eine Darstellung der Energiepolitik der SP im Kanton Bern, und dabei gleich ein Aufruf bei SPowers mitzumachen. Es gab nur 2 Rückmeldungen.

Im Rahmen der Erarbeitung einer Vernehmlassungsantwort für die Teilrevision des kantonalen Energiegesetzes zuhanden der SP Kanton Bern wurden die neu interessierten Personen zur Erarbeitung eingeladen. Nachdem niemand Zeit fand, übernahm es Jürg Joss, ein Diskussionspapier zu erarbeiten und eine Sitzung einzuberufen. An der Sitzung nahmen seitens SPowers nur Jürg

Joss und Andreas Hoffmann teil. Jedoch wurde die Sitzung durch interessierte Grossrät_innen gut besucht. Der Diskussionsinhalt wurde durch Jürg Joss in einen Entwurf der Vernehmlassungsantwort verarbeitet und im Kreis der Sitzungsteilnehmer vernehmlasst. Am 06. Dezember 2016 präsentierte Res Hofmann die Vernehmlassungsantwort an der GL-Sitzung.

Im Oktober 2016 meldete sich ein SP-Mitglied wegen der «Reduktion der Rücklieferatarife für Solaranlagen durch die BKW» beim SP-Sekretariat. Jürg Joss beantwortete die Anfrage z.Hd. des Sekretariats und des Mitglieds. Im Nachhinein wurde im November 2016 ein Vorstoss unterstützt, der die «Korrektur der Reduktion des Tarifs für Energie aus Fotovoltaikanlagen!» verlangte.

Andreas Hofmann, ehem. Grossrat

Jürg Joss, Gemeinderat Bätterkinden

Bildungsveranstaltungen

Die SP Kanton Bern bot 2016 verschiedene Bildungsveranstaltungen für die Stärkung der Sektionen und ihrer Aufgabenbereiche an. Insgesamt wurden durch die SPBE 2016 vier Bildungsveranstaltungen angeboten, davon wurde lediglich eine durchgeführt:

- Benützung Sektionsportal – eine Aufgabe mit Pfiff

Abgesagt wurden mangels Interessent_innen die Veranstaltungen «Gemeindegewahlen – Wie gewinnen wir?», «Ich bin neu im Sektionsvorstand – Was muss ich wissen?» und «Mitgliedergewinnung und Mitgliederpflege».

Das Angebot «Webportal» stiess wiederum auf grosses Interesse, insgesamt nahmen 13 Personen an dieser Veranstaltung teil. Aufgrund der grossen Nachfrage wird diese Bildungsveranstaltung auch 2017 angeboten werden.

Da das Interesse an den bisher angebotenen Bildungsveranstaltungen klein ist, plant die Kantonalpartei, diese neu auszurichten. Um die Umstellung sinnvoll und nachhaltig zu gestalten, erfolgt die Umsetzung per 2018.

Zora Schindler, Parteisekretärin

Parteisekretariat

Die Arbeit des Parteisekretariats umfasste 2016 folgende vier Schwerpunkte: Die Regierungsratsersatzwahlen 2016, das Referendum gegen den Abbau bei den Prämienverbilligungen, die Begleitung einer Vielzahl von kommunalen Wahlen, teilweise mit Basiskampagnen, sowie den SP-Auftritt an der BEA im Mai.

Diese grossen Projekte, neben den üblichen Sekretariatsarbeiten, machten auch 2016 zu einem intensiven Jahr für das Sekretariatsteam, das zudem ab Mitte Jahr auf Zora Schindler verzichten musste, da diese ihr erstes Kind gebar. In der Zeit des Mutterschaftsurlaubes wurde sie von Petra Maurer sehr souverän vertreten. Im Dezember stiess zudem mit Hannes Rettenmund als Kampagnenverantwortlicher ein weiteres neues Gesicht zum Sekretariatsteam.

Willkommen Hannes

Im Dezember 2016 begann Hannes Rettenmund als Nachfolger von Szabolcs Mihalyi seine Arbeit für die SP Kanton Bern. Hannes leitete bis dahin die Kampagne von Ursula Wyss für das Berner Stadtpräsidium und ist somit bestens gerüstet für die Arbeit im Sekretariat. Herzlich Willkommen im Sekretariatsteam.

Danke Sabi

Nach knapp zwei Jahren im Sekretariat verlässt uns Sabi wieder und bricht zu neuen Gestaden auf. Insbesondere im Bereich Social Media war Sabi sehr aktiv und gab der Partei in der weiten Welt des Internets ein Gesicht. Herzlichen Dank für die Mitarbeit und alles Gute für die Zukunft.

Danke Petra

Ab Mitte Juni bis Ende November vertrat Petra Maurer aus Oberhofen Zora Schindler, die im Mutterschaftsurlaub weilte. Petra lebte sich im Team sehr schnell ein. Als ehemalige Fraktionssekretärin der SP-Bundeshausfraktion war sie bestens vorbereitet. Gerade für die vielen Sektionen mit kommunalen Wahlen war Petra eine grosse Unterstützung und wichtige Ansprechperson. Im November 2016 wurde Petra zudem selber als neue Gemeinderätin von

Oberhofen gewählt. Herzlichen Dank für die grosse Unterstützung und die wertvolle Mitarbeit.

Danke Rafael

Ab Mitte Mai bis Ende November unterstützte Rafael Egloff als Praktikant das SP-Sekretariatsteam. Er engagiert sich stark bei den kommunalen Wahlen und leistete viel Arbeit hinter den Kulissen. Er war eine sehr wichtige Stütze in diesem arbeitsreichen Jahr. Herzlichen Dank für die wertvolle Mitarbeit.

Danke Daria

Ab Juni bis Ende November arbeitete Daria Vogrin als Campaignerin im Dienst der SP Stadt Bern im Sekretariat. Praktisch im Alleingang motivierte sie die halbe Stadt Berner SP für die kommunale Basiskampagne. Herzlichen Dank für die wertvolle Mitarbeit.

Regierungsratsersatzwahlen 2016

Die ersten beiden Monate im Jahr 2016 standen ganz im Zeichen der Regierungsratsersatzwahlen vom 28. Februar. Umso grösser war dann die Freude, dass Christoph Ammann die Wahl gleich auf Anhieb schaffte. Für den zweiten Wahlgang gab das Sekretariat nochmals Vollgas, aber leider reichte es für Roberto Bernasconi nicht ganz.

Referendum zu den Prämienverbilligungen

Im Januar 2015 ergriff die SP mit den Grünen das Referendum gegen den Abbau bei den Prämienverbilligungen. Diese Vorlage kam Ende Februar 2016 zur Abstimmung und prompt gewannen wir das Referendum. Nach dem mühseligen Unterschriftensammeln im Vorjahr und der intensiven Abstimmungskampagne Anfang 2016 war dies ein grossartiger Lohn.

SP-Auftritt an der BEA im Mai

Die BEA-Präsenz der SP ist nicht mehr wegzudenken. Der Standort beim Haupteingang ist ideal, das Zwirbelrad und die Ballone sind und bleiben ein super Publikumsmagnet. Die Abstimmungsvorlagen vom 5. Juni sowie das Unterschriftensammeln für die Transparenz-Initiative standen im Mittelpunkt.

Kommunale Wahlen 2016

Das Jahr 2016 stand auch im Zeichen einer Vielzahl von kommunalen Wahlen. Mehrere Sektionen griffen dabei auf die von den Nationalratswahlen her schon bekannte Basiskampagne zurück. Das Sekretariat unterstützte die Sektionen bei den Urnengängen und stand ihnen mit Rat und Tat zur Seite. Umso mehr freuten wir uns über die vielen Erfolge wie zum Beispiel bei den Stadtpräsidiumswahlen von Langenthal und Burgdorf.

Sekretariatsteam per 31.12.2016

David Stampfli

Geschäftsführender Parteisekretär (80%)
seit April 2014

Leitung des Sekretariates, Konzept- und Planungsarbeit, Betreuung der Gremien, politischer Sekretär, Begleitung der Grossratsfraktion, Kommunikation, Finanzen.

Zora Schindler

Parteisekretärin (80%)
seit Januar 2015

Betreuung Parteigremien, Mitarbeit bei den SP-Frauen, JUSO und SP 60+, Betreuung Sektionen, Regionalverbände sowie Bildungsveranstaltungen.

Hannes Rettenmund

Kampagnenverantwortlicher (70%)
seit Dez. 2016

Kampagnen für Wahlen und Abstimmungen, Publikationen (inkl. links.be und Website), Mitgliederwerbung.

Rosa Treu

Buchhalterin (40%)
seit Nov. 2013

Buchhaltung SP Kanton Bern, SP Region Bern-Mittelland, SP Stadt Bern und SP Frauen Kanton Bern, Mittelbeschaffung, Infrastruktur.

Sonja Walther

Administration (75%)
seit Aug. 2008

Empfang und Auskunft, administrative Betreuung der Grossratsfraktion, Ausschuss RichterInnenwahlen, Organisation der Parteitage, Assistenz Parteisekretärin und Parteisekretär, Aktualisierung Website, Adress- und Mitgliederverwaltung, Mutationen.

Michael Sutter Parteisekretär SP Stadt Bern und Bern-Mittelland seit Okt. 2012	Verantwortlich für Stadtpartei und Regional- verband (Bürogemeinschaft mit SP Kanton Bern).
Puntorije Shaipi Reinigung seit Dez. 2013	Reinigung SP-Sekretariat.
Petra Maurer Parteisekretärin (60%) Mitte Juni – Nov. 2016	Mutterschaftsvertretung für Zora Schindler, Schwerpunkt kommunale Wahlen 2016.
Rafael Egloff Praktikant (50%) Mai 2016 – Nov. 2016	Praktikum im Sekretariat, Fokus kommunale Wahlen 2016.
Daria Vogrin Campaignerin (60%) Juni 2016 – Nov. 2016	Basiskampagne für die Wahlen 2016 der SP Stadt Bern.

DANKE

Die Leitung des SP-Sekretariates dankt allen Mitarbeitenden für ihren grossen Einsatz für unsere Partei und die stets zuvorkommende Zusammenarbeit mit den Gremien, MandatärInnen und Parteimitgliedern. Ebenfalls danke ich im Namen des Sekretariatsteams allen Ehrenamtlichen und Freiwilligen, welche in den Gemeinden, auf regionaler Ebene oder in der kantonalen Geschäftsleitung und den verschiedenen Kommissionen und Arbeitsgruppen unzählige Stunden ihrer Freizeit für die Parteiarbeit einsetzen. Ein Dank auch an alle Regierungsmitglieder, Grossratsmitglieder, die Bundesrätin, unsere Nationalratsmitglieder, unseren Ständerat und die zahlreichen weiteren MandatsträgerInnen unserer Partei für Ihren Einsatz für eine soziale, gleichberechtigte und ökologische Politik.

David Stampfli, geschäftsführender Parteisekretär

Gleichstellungsmonitoring

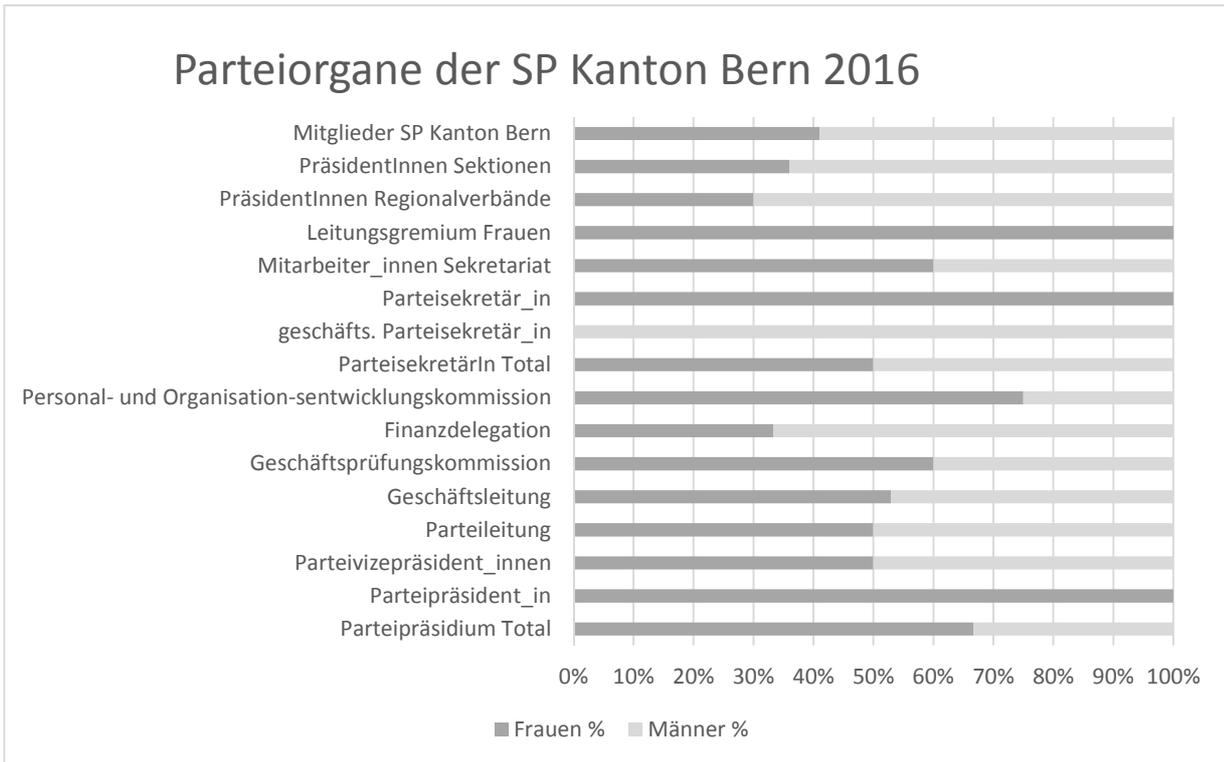
Die SP Kanton Bern fordert in ihrem aktuellen Parteiprogramm die tatsächliche Gleichstellung von Frau und Mann. Sie will Chancengleichheit für Frauen und Männer in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft. Dies gilt natürlich auch für die SP selbst. Als konkrete Massnahme hat die Geschäftsleitung der SP Kanton Bern 2013 entschieden, jährlich die Geschlechteranteile in ausgewählten Parteiorganen und in politischen Ämtern zu erheben.

Die Zahlen sollen den Handlungsbedarf aufzeigen und die Verantwortlichen auf den verschiedenen Ebenen sensibilisieren und dazu anregen, Massnahmen für eine ausgeglichene Vertretung der Geschlechter zu treffen. Als Zielvorgabe wurde beschlossen, dass ein Geschlecht zu mindestens 40% vertreten sein soll. Bei Gremien bis zu vier Mitgliedern muss von jedem Geschlecht mindestens eine Person vertreten sein.

Parteiorgane

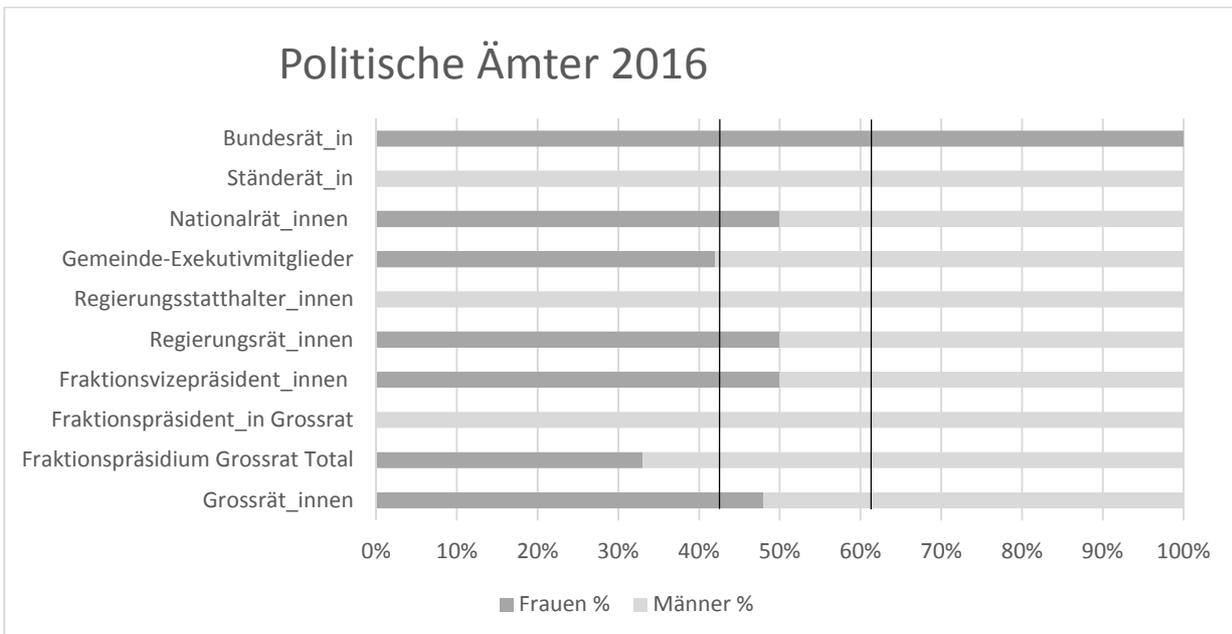
Die Zielvorgaben wurden in 3 Organen nicht erreicht: Präsident_innen Sektionen (Männer übervertreten), Präsident_innen Regionalverbände (Männer übervertreten) sowie bei der Personal- und Organisationskommission (Frauen übervertreten).

Dies ist eine Verbesserung gegenüber 2015, als noch 5 Organe die Zielvorgaben nicht erreichten: In der Geschäftsleitung waren die Frauen 2015 übervertreten. In diesem Organ wird die Zielvorgabe neu erreicht. Die Wahl- und Abstimmungskommission, welche die Zielvorgaben 2015 ebenfalls nicht erreichte (Männer übervertreten), wurde 2016 aufgelöst.



Politische Ämter

Die Zielvorgaben wurden in einem Gremium nicht erreicht: Bei den Regierungsstatthalter_innen.



Fazit:

- Die ausgewogene Vertretung von Frauen* und Männern* innerhalb der Parteiorgane verbessert sich 2016 weiter. Insgesamt erfüllt die SP Kanton Bern ihre eigenen Zielvorgaben grossmehrheitlich.
- Möglichkeiten bieten sich bei den Mitgliedern. Nicht nur erreicht die SP Kanton Bern in ihren Parteiorganen und bei den Gewählten einen guten Wert bezüglich Gleichstellung von Frau* und Mann*. Die SP wird von Frauen* auch überproportional gewählt. Diese beiden Faktoren zeigen, dass die Partei attraktiv für Frauen* ist. Bei den Mitgliedern jedoch machen Frauen* nur 41% aus. Hier gibt es ein Potential, durch gezielte Massnahmen neue weibliche* Mitglieder zu gewinnen.
- Die physische Vertretung von Frauen* und Männern* sagt etwas darüber aus, ob der Zugang zur Politik für alle Geschlechter gewährleistet ist. Das Geschlecht ist in unserer Gesellschaft eine wichtige Kategorie, sie interagiert jedoch mit anderen Faktoren: z.B. sozioökonomischer Hintergrund und Migrationsstatus, um nur zwei wichtige zu nennen. Anders gesagt: Frauen* und Männer* aus privilegierten Schichten sind besser vertreten. Dieser Effekt (Intersektionalität) scheint bei Frauen* stärker zu wirken als bei Männern*. Wie dies innerhalb der SP aussieht, können die vorliegenden Zahlen nicht aufzeigen.
- Gleichstellung ist nicht nur eine Frage der physischen Vertretung, sondern selbstverständlich auch ein inhaltliches Anliegen, dass von allen Geschlechtern vertreten werden kann/muss. Inwiefern dies der SP Kanton Bern 2016 gelang, kann das Gendermonitoring nicht beantworten.

Tanja Bauer, Mitglied der Geschäftsleitung

Mitgliederzahlen in den Sektionen

Regionalverband	Sektion	01.01.2015	01.01.2016
PSJB	PS Bévillard	12	13
	PS du Haut-Vallon de St-Imier	61	56
	PS La Neuveville	20	16
	PS Malleray	12	11
	PS Moutier	25	22
	PS Tramelan	64	63
	Einzelmitglieder	1	1
		195	182
RV Biel/Bienne-Seeland	PS Bienne-Romand	88	89
	SP Aarberg	35	36
	SP Aegerten	22	23
	SP Arch-Leuzigen	5	6
	SP Biel-Madretsch	92	98
	SP Biel-Stadt/Ost	161	167
	SP Brugg	30	28
	SP Büren an der Aare	17	17
	SP Diessbach bei Büren	11	11
	SP Dotzigen	23	21
	SP Erlach	14	16
	SP Frienisberg	19	19
	SP Grossaffoltern-Rapperswil	45	47
	SP Ins	28	26
	SP Ipsach	30	28
	SP Jens	16	
	SP Lengnau	14	15
	SP Lyss-Busswil	97	92
	SP Nidau	45	47
	SP Orpund	27	22
	SP Pieterlen	10	10
	SP Port	22	21
	SP Safnern	12	14
	SP Schüpfen	43	45
	SP Studen	9	9
	SP Täuffelen	30	31
	SP Twann-Ligerz-Tüscherz	25	19
	SP Worben	14	15
	Einzelmitglieder	5	5
		989	977

Regionalverband	Sektion	01.01.2015	01.01.2016
RV Oberaargau	SP Aarwangen	28	25
	SP Attiswil	7	
	SP Eriswil	8	7
	SP Grasswil	9	
	SP Herzogenbuchsee	82	78
	SP Herzogenbuchsee-Frauen	4	4
	SP Huttwil	25	24
	SP Inkwil	4	4
	SP Jurasüdfuss		42
	SP Langenthal	141	138
	SP Lotzwil	9	7
	SP Madiswil	15	12
	SP Melchnau	13	13
	SP Niederbipp	27	
	SP Oberbipp	9	
	SP Roggwil	53	52
	SP Schwarzhäusern	13	13
	SP Thunstetten-Bützberg	20	20
	SP Wynau	17	16
	Einzelmitglieder	2	2
	486	457	
RV Emmental	SP Aeffligen	9	9
	SP Bätterkinden-Kräiligen	45	44
	SP Burgdorf	150	154
	SP Hindelbank	8	8
	SP Koppigen-Willadingen	36	36
	SP Krauchthal-Hettiswil	18	20
	SP Langnau	103	100
	SP Lauperswil-Rüderswil	14	14
	SP Lyssach	23	22
	SP mittleres Emmental	29	29
	SP Oberburg	27	27
	SP Rüdtligen-Alchenflüh	13	11
	SP Signau-Schüpbach	11	12
	SP Sumiswald-Wasen	20	16
	SP unteres Emmental	35	35
	SP Utzenstorf Wiler Zielebach	58	55
	SP Wynigen-Rumendingen	16	12
Einzelmitglieder	5	5	
	620	609	

Regionalverband	Sektion	01.01.2015	01.01.2016
RV Bern-Mittelland	SP Belp	85	77
	SP Bern Altstadt-Kirchenfeld	180	176
	SP Bern-Bümpliz/Bethlehem	211	217
	SP Bern-Holligen	72	69
	SP Bern Länggasse-Felsenau	174	179
	SP Bern-Nord	254	264
	SP Bern-Ost	178	188
	SP Bern-Süd	168	165
	SP Biglen	10	10
	SP Bolligen	73	73
	SP Bremgarten	51	49
	SP Ferenbalm	9	9
	SP Gerzensee	8	8
	SP Grosshöchstetten	15	14
	SP Ittigen	54	46
	SP Jegenstorf u. Umgebung	50	52
	SP Kaufdorf-Rümligen	18	16
	SP Kehrsatz	30	27
	SP Kirchlindach	30	32
	SP Köniz	251	256
	SP Konolfingen	47	45
	SP Laupen	41	39
	SP Meikirch	21	22
	SP Moosseedorf	44	41
	SP Mühleberg	19	20
	SP Münchenbuchsee	86	84
	SP Münsingen	67	65
	SP Muri-Gümligen	83	79
	SP Neuenegg	39	40
	SP Oberdiessbach	21	22
	SP Ostermundigen	90	91
	SP Rubigen	32	30
	SP Rüeggisberg	4	6
	SP Schwarzenburg	66	67
	SP Stettlen	24	23
	SP Toffen	13	13
	SP Urtenen-Schönbühl u. U.	44	44
	SP Vechigen	26	28
	SP Walkringen	12	11
	SP Wichtrach	15	13
	SP Wohlen BE	79	78
SP Worb	90	85	
SP Zollikofen	71	72	
Einzelmitglieder	22	20	
	2977	2965	

Regionalverband	Sektion	01.01.2015	01.01.2016
RV Thun	SP Blumenstein	6	
	SP Burgistein	11	
	SP Heimberg	37	37
	SP Hilterfingen-Hünibach	33	35
	SP Obere Gürbe		43
	SP Oberhofen	32	34
	SP Seftigen	20	
	SP Sigriswil	13	12
	SP Steffisburg	88	85
	SP Thierachern	19	18
	SP Thun	287	275
	SP Uetendorf	44	41
	SP Uttigen	26	26
	SP Wattenwil	13	
	Einzelmitglieder	1	2
	630	608	
RV Oberland	SP Beatenberg	2	1
	SP Bönigen	20	20
	SP Brienz	24	26
	SP Frutigland	47	52
	SP Grindelwald	6	6
	SP Interlaken	53	53
	SP Lauterbrunnen	10	7
	SP Matten	25	24
	SP Meiringen-Oberhasli	34	34
	SP Reichenbach im Kandertal	16	
	SP Saanen	5	5
	SP Spiez	110	114
	SP Unterseen	55	52
	SP Wilderswil	19	20
	SP Zweisimmen	8	8
Einzelmitglieder	6	6	
	440	428	
Mitglieder Kanton		6337	6226
Einzelmitglieder			
Stadt		5	5
Einzelmitglieder			
Kanton		30	50
Total Mitglieder		6372	6281

Bilanz und Erfolgsrechnung

Bilanz per 31. Dezember 2016

(mit Vergleich 2015)

	2016		2015	
	CHF	CHF	CHF	CHF
Aktiven				
Flüssige Mittel (Kassa, Konten)	439'061.94		498'614.98	
Forderungen bei Sektionen	39'278.30		39'033.90	
übrige Forderungen	1'466.00		21'545.43	
Delkredere	0.00		0.00	
Transitorische Aktiven	137'451.55		15'488.60	
Warenvorräte	1.00		1.00	
Sachanlagen	1.00		1.00	
Wertschriften	2'000.00		2'000.00	
Total Aktiven	619'259.79		576'684.91	
Passiven				
Kreditoren		4'906.90		14'476.99
Transitorische Passiven		14'360.05		9'988.55
Fonds Parteientw.&Soziales		89'963.87		95'763.87
Wahlfonds		315'000.00		265'000.00
Gewinnvortrag 1.1.		195'455.50		190'496.21
Ergebnis lfd. Jahr		-426.53		959.29
Total Passiven		619'686.32		576'684.91

Bern, 02.03.2017

Erfolgsrechnung vom 01.01.2016 bis 31.12.2016

(mit Vergleichszahlen 2015)

Einnahmen	2016		2015	
	CHF	CHF	CHF	CHF
Mitgliederbeiträge BE + CH	605'130.00		620'802.00	
Wahlfinanzierung	20'000.00		89'223.60	
Solidaritätsbeiträge	266'620.49		227'934.25	
Mandatsabgaben	256'810.10		262'503.15	
Fundraising SP Schweiz	0.00		0.00	
Spenden/Kampagnenertrag	31'289.15		69'867.71	
Zahlungen SP Stadt/RV et al.	165'206.05		101'796.05	
Zahlungen Grossratsfraktion	118'000.00		118'000.00	
Übrige Erträge	8'262.74		7'505.40	
Total Einnahmen	1'471'318.53		1'497'632.16	
Ausgaben				
Mitgliederbeiträge SP Schweiz		342'155.00		348'040.00
Politik, Kampagnen		107'864.66		110'454.74
Wahlen		225'017.20		464'418.87
Einlagen/Auflösung Wahlfonds		50'000.00		-70'000.00
Einl./Aufl. Fonds Parteientw.		0.00		0.00
Personalaufwand		597'462.95		511'381.70
Administration		145'918.95		137'028.16
übriger Aufwand		3'326.30		-4'650.60
Ergebnis		-426.53		959.29
Total Ausgaben		1'471'318.53		1'497'632.16

Bern, 02.03.2017

Kommentar zur Jahresrechnung 2016

Die Jahresrechnung 2016 schliesst mit einem leichten Verlust von 426.53 Franken ab. Aufgrund der ausserplanmässigen Ersatzwahlen in den Regierungsrat mit zwei Wahlgängen konnten wir nicht wie geplant 180'000 Franken als Rückstellung in den Wahlfonds speisen, sondern nur 50'000 Franken. Im Wahlfonds sind nun insgesamt 315'000 Franken. Damit stehen trotz den Regierungsratsersatzwahlen 2016 für die kommenden Wahlen 2018 und 2019 genügend Mittel zur Verfügung.

Die Einnahmen aus den Mitgliederbeiträgen sanken leider auch dieses Jahr weiter. Allerdings besteht berechnete Hoffnung, dass die Talsohle überwun-

den ist. Immerhin traten im vergangenen Jahr 95 Mitglieder mehr bei der SP ein als aus. Diesen Trend gilt es nun zu bestätigen. Wir müssen unsere Anstrengungen bei der Mitgliedergewinnung und -betreuung also konstant hochhalten und noch weiter intensivieren. Dann dürfen wir für die kommenden Jahre auch wieder mit mehr Mitgliederbeiträgen rechnen. Die Mitgliederbeiträge sind weiterhin die Basis der Finanzierung unserer Partei. Zusammen mit den Einnahmen aus dem Solidaritätsbeitrag und den Mandatsabgaben machen sie etwa drei Viertel unseres Budgets aus. An dieser Stelle einmal mehr ein grosser Dank an alle Mandatärinnen und Mandatäre unserer Partei sowie die vielen Spender und Spenderinnen, welche unsere politische Arbeit und unsere Abstimmungs- und Wahlkampagnen erst möglich machen. Sowohl bei den Mandatsabgaben wie auch beim Solidaritätsbeitrag verzeichnen wir mehr Einnahmen als budgetiert. Dank diesen Mehreinnahmen konnten die tieferen Sektionsbeiträge aufgefangen werden.

Bei den Ausgaben fallen insbesondere die Regierungswahlen ins Gewicht. Diese konnten nicht zuletzt mit den genügend grossen Rückstellungen ausgeglichen werden. Weiter fiel der Personalaufwand deutlich höher aus als vorgesehen. Allerdings geht ein Grossteil der Differenz auf das Konto der SP Stadt Bern und wurde der Kantonpartei wieder zurückerstattet. Aufgrund der Wahlen Anfang 2016 wurde das übliche Kampagnenbudget nicht vollends ausgeschöpft. Die restlichen Ausgaben liegen im erwarteten Bereich.

Die Jahresrechnung ist vom Revisionsteam Stefan Neuenschwander und Verena Kauert geprüft worden und wird zur Genehmigung empfohlen.

David Stampfli, geschäftsführender Parteisekretär

Revisionsbericht



über die Prüfung der Rechnung (Bilanz und Erfolgsrechnung)
vom 1.1.2016 – 31.12.2016
der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Bern

Als statutarisches Rechnungsprüfungsorgan haben wir die Prüfung am 28. Februar 2017 im Beisein der Buchhalterin durchgeführt.

Unsere Prüfung erfolgte nach Grundsätzen, wonach wesentliche Fehlaussagen der Jahresrechnung mit angemessener Sicherheit erkannt und ausgeschlossen werden können.

- Wir haben die Posten und Angaben in der Rechnung mittels Analysen und stichprobenweise Erhebungen geprüft.
- Ferner beurteilten wir die Anwendung der massgebenden Rechnungslegungsgrundsätze, die wesentlichen Bewertungsentscheide sowie die Darstellung der Rechnung als Ganzes.
- Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine ausreichende Grundlage für unser Urteil bildet
- Die Saldi der Bilanz-Konti per 31.12.2016 sind nachgewiesen worden.
- Gemäss unserer Beurteilung entsprechen die Buchführung und die Rechnung vom 1.1.2016 bis 31.12.2016, welche einen Verlust von CHF 426.53 ausweist, Gesetz und Statuten.

Aufgrund des Ergebnisses unserer Prüfung kann dem finanzverantwortlichen Parteisekretär, David Stampfli, die Décharge erteilt werden.

Ort und Datum: Bern, 28.02.2017

Im Namen der GPK SP Kanton Bern

Die Revisoren

Verena Moser

Stefan Neuenschwander